



SACHSEN

RECHTS

UNTEN

2019

INHALT

- 4** Einleitung
- 7** **Der Weg zur Revolte.**
Aktuelle Strategien und Ziele der extremen Rechten.
- 16** **Eine rechte NGO.**
Demokratiefeindlichkeit und Rassismus im bürgerlichen Gewand.
- 22** **Vom Helfen und Unterstützen.**
Soziale Kampagnen von rechts.
- 27** **Nationalistische Sozialarbeit ist weder sozial noch Soziale Arbeit.**
Ein Kommentar von Michael Richter.
- 28** **Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft.**
Das Wirken von Freigeist e.V. im Erzgebirge.
- 37** **Soziale Bewegung von rechts in Sachsen?**
Eine Diskussion anhand von Netzwerken, Aktivitäten und Schlüsselfiguren.
- 42** Impressum

EINLEITUNG

Die Publikationsreihe „Sachsen rechts unten“, erarbeitet und herausgegeben vom Kulturbüro Sachsen e.V., beschäftigt sich seit fünf Jahren mit verschiedenen Facetten der extremen Rechten in Sachsen. In den ersten Ausgaben lagen die Schwerpunkte auf der Bedeutung von Immobilien für die Neonazi-Szene (2015), den Wirkungsweisen und Inhalten asylfeindlicher Bewegungen (2016), der neuen Diversität in der extremen Rechten (2017) und im letzten Jahr auf den rechten Kontinuitätslinien in Sachsen.

Die vorliegende fünfte Ausgabe der Publikation „Sachsen rechts unten“ beschreibt ein neues Phänomen innerhalb der extrem rechten Szene in Sachsen, das in den letzten vier Jahren sichtbar geworden ist. Akteure aus dem Spektrum haben seitdem eine Reihe von eingetragenen Vereinen gegründet. Diese treten in den Kommunen oft als Vereine für Kulturveranstaltungen, Heimat- und Brauchtumpflege oder durch vermeintliches soziales Engagement in Erscheinung. In unterschiedlichen Beiträgen sollen die Motive und Hintergründe dieser Entwicklungen exemplarisch beschrieben werden.

Als Cover unserer Veröffentlichung haben wir wiederholt eine Aufnahme des Fürstenzuges in der Dresdner Augustusstraße gewählt. Die fünfundzwanzigtausend Porzellanfliesen verewigen auf 102 Metern Länge eine eindrucksvolle Ahnengalerie, die sich das Wettiner Herrscherhaus am kurfürstlichen Marstall in Dresden anbringen ließ. Das populäre Bilderbuch sächsischer Geschichte wurde zwischen 1872 und 1876 von Wilhelm Walther geschaffen und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf Meißner Porzellan übertragen.

Der ausgewählte Ausschnitt aus dem Fürstenzug, der in diesem Jahr das Cover unserer Publikation schmückt, zeigt Heinrich V. (auch: Heinrich der Fromme) und einen jungen Mann mit zwei Windhunden an der Leine. Im Gegensatz zu allen anderen 94 Personen auf dem Fürstenzug ist der junge Mann die einzige Person, die nicht weiß ist. Während zu allen abgebildeten Personen auf dem Fürstenzug, inklusive der Bauern, Lanzenträger, Studenten und Handwerker, eine Beschreibung ebendieser Personen online einsehbar ist, findet sich nichts zu dem jungen Mann mit den Windhunden. In der

in Bibliotheken einsehbaren Literatur heißt es zu der Person: „So wie es üblich war, Exotisches aus aller Welt zu sammeln, so gehörte es auch zum guten Ton, bei Hofe dunkelhäutige Diener zu beschäftigen. Der bunt gekleidete Mohr trägt einen Turban und große Ohrringe, was seinen fremdländischen Eindruck unterstreicht. Die kleinwüchsige Gestalt führt zwei Jagdhunde, wie man sie damals zur Jagd benutzte.“¹ Die Zeilen stammen aus einer Edition der Sächsischen Zeitung, die als Buch anlässlich des Jubiläums des Fürstenzugs in Buchform im Jahr 2007 veröffentlicht wurde. Sie sind ein Beispiel für die Stabilität und die Geschichte von Rassismus als tradierten Wissensbestand in unserer Gesellschaft. Es sind eben jene unreflektierten Bilder, die wie Selbstverständlichkeiten und oft ohne Kontextualisierung weitergegeben werden und rassistische Stereotypen verfestigen.

An diesen gesellschaftlichen Wissensbestand versuchen organisierte Neonazis und Neue Rechte anzuknüpfen, wenn sie Rassismus in unterschiedlichen Formen auf die Straße tragen und damit an vorhandene Einstellungen in der Bevölkerung anknüpfen. In den letzten

Jahren haben sie damit in Sachsen große Erfolge feiern können.

Die Demonstrationen in der Woche vom 26.08.-01.09.2018 in Chemnitz haben gezeigt, dass das gesamte extrem rechte Lager, von Neonazis, ihren Parteien und Organisationen, über rechtsextreme Gruppen und Vereine bis hin zur *Ein Prozent*-Gruppierung, dem *Institut für Staatspolitik*, *Pegida* und der *AfD* dazu in der Lage ist, einen Schulterchluss zu vollführen und gemeinsam auf der Straße zu demonstrieren. Dass dies möglich geworden ist, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst des kontinuierlichen und strategischen Agierens neuer extrem rechter Vordenker*innen und deren Ideen. Ob dieser Schulterchluss in Form einer neuen faschistischen Bewegung aus Vordenker*innen, eigenen Medienformaten, Demonstrationsbündnissen, Vereinen, Netzwerken und einem parteipolitischen Arm auch in Zukunft oder gar auf Dauer funktionieren kann, ist u.a. davon abhängig, wie auf die Strategien der neuen Rechten reagiert werden kann. In mehreren Artikeln der vorliegenden Publikation wird ausführlich auf den Versuch zur Etablierung einer extrem rechten Zivilgesellschaft in Sachsen eingegangen.

In einem ersten Beitrag werden dazu die langfristigen Ziele und Motive beschrieben, die den aktuellen Vereinsgründungen und dem vermeintlichen sozialen Engagement von rechts zugrunde liegen. Um diese Hintergründe zu beschreiben, ist es erforderlich, sich

auch mit den Ideologien und Strategien der Neuen Rechten zu beschäftigen.



Dresden Altstadt - Dem Vaterland zu Zier und Ehr

Im Weiteren wird in dieser Publikation das Agieren der *Ein Prozent*-Gruppierung beschrieben.

Der völkische Verein bezeichnet sich selbst gern als eine rechte Nichtregierungsorganisation (NGO) und als eine Bewegung. Wie der Verein und seine Aktivitäten in Sachsen tatsächlich zu bewerten sind, wird anhand von Beispielen beschrieben.

Wie extrem rechte Akteure aus Sachsen das Thema Soziales Engagement neu für sich entdecken und besetzen wollen, beschreibt ein Artikel über die Aktion „Jugend packt an“, die im Schwerpunkt in Mittelsachsen und Westsachsen stattfindet. Mit den Aktionen wird Tatkraft von jungen Menschen suggeriert. Das gefällt durchaus.

Kritische Stimmen aus der Region beschreiben, wie schwierig es ist, die kommunale Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass hinter dieser Kampagne rassistische und rechtspopulistische Motive stehen.

In einem Gastkommentar geht der Landesgeschäftsführer des *Paritätischen Wohlfahrtsverbandes* Michael Richter, in unserer Publikation darauf ein warum Nationalismus nichts mit sozialem Engagement zu tun hat. Wir danken ausdrücklich für diese Position eines großen Wohlfahrtsträgers.

Der Verein *Freigeist e.V.* aus dem Erzgebirge war einer der ersten neueren eingetragenen Vereine von rechts in Sachsen. Nachdem das Mobilisierungspotential der „Lichtelläufe“ in Schneeberg Anfang 2014 sichtbar sank, bedurfte es eines neuen Konzepts oder zumindest eines neuen Labels. Und so wurde 2015 verstärkt unter dem Dach der sogenannten „Freigeist Bewegung“ zu Demonstrationen im Erzgebirge aufgerufen.

Der daraus entstandene Verein versucht sich als zivilgesellschaftlicher Akteur von rechts zu etablie-



Georgentor, Residenzschloss

ren und damit Rassismus und Nationalismus in der Kommune noch salonfähiger zu machen.

Im letzten Text unserer diesjährigen Publikation „Sachsen rechts unten“, wird die Frage diskutiert, ob angesichts des breiten Spektrums sowohl der Organisator*innen als auch Teilnehmenden von rechten Aufmärschen von einer sozialen Bewegung von rechts gesprochen werden kann. Wissenschaftler*innen haben in den letzten Jahren unterschiedliche Definitionen für das Phänomen „Soziale Bewegung“ geschaffen, die sich in der Regel bei einer Grundannahme treffen: Dass es sich um einen kollektiven Akteur handelt, der sehr unterschiedliche Organisationsfor-

men umfasst und mit diversen Mobilisierungs- und Handlungsstrategien versucht, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Die vorliegende fünfte Ausgabe der Publikation „Sachsen rechts unten“ gibt erneut einen Einblick in die qualitative Verfasstheit der Demokratiegefährdungen in diesem Bundesland. Unser Anspruch ist, exemplarisch zu beschreiben, wie die derzeitigen Vereinsgründungen und das vermeintlich soziale Engagement von rechts zu bewerten sind, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren. Dabei erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wir blicken aus zivilgesellschaftlicher Perspektive auf die aktuellen Entwicklungen. Unsere Beschreibung beginnt nicht erst dort, wo Gesetze gebrochen und offener Verfassungsbruch propagiert werden.

Als Kulturbüro Sachsen e.V. arbeiten wir gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften, die sich für die Verteidigung und die weiterführende Umsetzung der Menschenrechte einsetzen. Dazu zählen zivilgesellschaftliche und staatliche Akteur*innen gleichermaßen.

Betonen möchten wir, dass es in Sachsen ein in den letzten 15 Jahren stark gewachsenes Netzwerk zivilgesellschaftlicher und menschenrechtsorientierter Initiativen und Vereine gibt. Dieser Arbeit, die oft ehrenamtlich geleistet wird und in welcher mehr Engagement, Kraft und Ausdauer steckt als in den in dieser Publikation beschriebenen Zuständen, gilt unsere Anerkennung und Unterstützung. Ebenso nehmen wir wahr, dass sich staatliches Handeln und die Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft in Sachsen in den letzten Jahren wesentlich verbessert und weiterentwickelt haben.

Wir versuchen, mit dieser Analyse und Betrachtung der Problemlagen in Sachsen, unseren Beitrag zur Bearbeitung der Phänomene der extremen Rechten, die uns in verschiedenen Formen begegnen, zu leisten.

1 | Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen/ Verein „Der Fürstenzug zu Dresden“ (Hg.) (2007): *Der Fürstenzug. Ein Wandbild wird lebendig.* Edition Sächsische Zeitung, Dresden. S. 82.

- 1 -

DER WEG ZUR REVOLTE. AKTUELLE STRATEGIEN UND ZIELE DER EXTREMEN RECHTEN.

VORBEMERKUNGEN

In den letzten zehn Jahren fand innerhalb der extremen Rechten in der Bundesrepublik eine starke Ausdifferenzierung statt. War es ab dem Ende der 1990er Jahre bis 2012 vor allem die *NPD*, die als dominierende Kraft innerhalb der Szene galt, ist die Partei heute nur noch für wenige Neonazis relevant. Mit einem positiven Bezug auf den historischen Nationalsozialismus (NS) oder einem biologisch begründeten Rassismus – so wissen extrem rechte Vordenker*innen heute – fehlt die Anschlussfähigkeit an Diskurse innerhalb der Bevölkerung. Eine plumpe und offene Verherrlichung des NS findet in den führenden Kreisen extrem rechter Autor*innen und Vordenker*innen heute nicht mehr statt. Unter die Auseinandersetzung mit dem NS soll ein Schlussstrich gezogen werden oder der NS wird als ein „Vogelschiss“ in einer angeblich tausendjährigen deutschen Geschichte, als belangloser Fehltritt, abgetan. Zudem wird rassistisches Denken heute kulturell begründet. Die Rede vom Ethnopluralismus¹ hat teilweise den alten Rassismus verdrängt. So geht es nicht mehr vordergründig um die „Reinheit des Blutes“, sondern um den vermeintlichen Verlust der eigenen Kultur, der gegen gesellschaftliche Veränderungen in Stellung gebracht wird. Das derzeit dominierende äußere Feindbild, auf welches sich verschiedene Strömungen der extremen Rechten in Europa einigen können, ist „der Islam“. Als innerer Feind wird in der Bundesrepublik eine angebliche Ideologie der 1968er postuliert, die alle gesellschaftlichen Ebenen durchzogen haben soll.² Darüber hinaus ist das Thema Migration und Zuwanderung seit 2015 wieder in den Fokus gerückt. „In diesem Sinne wird der Kulturkampf von rechts in ers-

ter Linie als ein rassistisch motivierter Verdrängungswettbewerb gegen MigrantInnen geführt, der sich zeitgleich gegen weitere Feindbilder richtet, die genauso dem klassischen Inventar der extremen Rechten entnommen sind.“³

Durch neue rechte Demonstrations- und Aktionsformate sowie die Abwendung von offener NS-Verherrlichung konnte der gesellschaftliche Resonanzraum für rassistisches und extrem rechtes Denken in den letzten fünf Jahren deutlich ausgeweitet werden. Zu den Dresdner *Pegida*-Demonstrationen konnten 2015 bis zu 25.000 Menschen mobilisiert werden. In zahlreichen Orten, insbesondere in Sachsen, demonstrierten 2015/16 tausende Menschen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden. Unter den Demonstrierenden waren zahlreiche Bürger*innen, die vorher nicht der rechtsextremen Szene zugeordnet werden konnten. Mit der *Alternative für Deutschland (AfD)* zog eine Partei in Landtage und den Deutschen Bundestag ein, die gegen Muslime und Geflüchtete hetzt. Viele ihrer Mitglieder und Funktionsträger*innen positionieren sich klar rassistisch und sozialdarwinistisch. Beflügelt von diesen Erfolgen, gründeten sich neue Gruppen und Netzwerke am rechten Rand. Sie orientieren sich überwiegend an Ideen, die eine eindeutige Einordnung als neonazistische und antidemokratische Vereinigung verhindern. Eine genauere Betrachtung entlarvt jedoch sehr schnell ihren antidemokratischen, rassistischen und extrem rechten Hintergrund. Durch die Gründung von Vereinen, die eine Gemeinnützigkeit anstreben und sich im Gemeinwesen engagieren, wird der Versuch unternommen, sich und seine Ideen nachhaltig zu verankern. Soziales Engagement vor Ort führt zudem zu einer Wahrnehmbarkeit als positiver Akteur.

Nachfolgend wird beschrieben, welche Ziele mit den aktuellen Vereinsgründungen und dem vermeintlichen sozialen Engagement von rechts langfristig verfolgt werden. Um diese Frage zu beantworten ist es erforderlich, sich auch mit den zugrunde liegenden Ideologien und Strategien der Neuen Rechten⁴ zu beschäftigen. Dazu wurden Beiträge der extrem rechten Zeitschrift „Sezession“⁵ und einzelne Veröffentlichungen des rechten Antaios Verlages⁶ herangezogen.

WELTBILD

Eine der elementaren Grundlagen für extrem rechtes Denken ist von jeher die Konstruktion von Eigen- und Fremdgruppen. Im historischen Nationalsozialismus war es die Idee einer „arischen Rasse“, die zur Manifestierung dieser Ideologie genutzt wurde. Dieses Denken wurde von modernen Rechtsextremist*innen in den letzten 50 Jahren weitgehend überwunden. Heute sprechen Neue Rechte von einer „kollektiven Identität“, welche die Eigengruppe definiere. Der neu-rechte Autor Karlheinz Weißmann meint: „Es gibt eine Ahnung, daß kollektive Identität eine ernstere Sache ist, daß sie nicht einem Oberflächen-, sondern einem elementaren, daß heißt anthropologischen Bedürfnis entspricht.“⁷

Beschreibungen dieser „kollektiven Identität“ münden oft in zugeschriebenen Eigenschaften oder kulturellen Werten, die als typisch deutsch oder typisch europäisch konnotiert sind. „Was ist typisch deutsch?“ fragt zum Beispiel die rechte Autorin Ellen Kositzka und antwortet: „Fraglos Eigenschaften wie Fleiß, Treue, Gehorsam, Disziplin und Pflichtbewußtsein. Sauberkeit, Pünktlichkeit, Ordnungssinn. Das Sich-Fügen und Sich-etwas-gefügig-Machen zugleich.“⁸ Aus dem „Eigenen“, aus Altem und Tradiertem, bezieht nach den Vorstellungen rechtsextremer Vordenker*innen ein Kollektiv „seine Lebenskraft“⁹. Das Individuum und die Gruppe haben sich in dieser Vorstellung einer höheren Idee von Gemeinschaft unterzuordnen: „Ein Mensch, oder eine Kultur, die in ihrem Dasein keinen Sinn sieht und keine geschichtliche Aufgabe kennt, gibt sich unweigerlich auf.“¹⁰

Ein dauerhaftes, friedliches Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft wie der Bundesrepublik ist nach den Vorstellungen der extrem rechten Vordenker*innen nicht möglich. Denn, so fragt Weißmann: „was geschieht, sobald aus verschiedenen Gruppenidentitäten einander ausschließende Loyalitätsforderungen folgen.“¹¹ Dass Identitäten, Zugehörigkeiten und verbindende Elemente in einer Gesellschaft unbeständig und wandelbar sind, wird von extrem rechten Vordenker*innen bewusst unterschlagen. Aus dem Radius des rechten Denkens eliminiert, oder als eine Unmöglichkeit beschrieben, wird die Möglichkeit, dass Kategorien wie z.B. die Allgemeinen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Freiheit des Einzelnen als von allen geteilte Werte in einer demokratischen Migrationsgesellschaft gelten könnten.

Migration wird in der rechtsextremen und faschistischen Ideologie stets als eine Bedrohung inszeniert, um damit Ängste und Ablehnung hervorzurufen und die Eigengruppe gegen eine angeblich äußere Gefahr zu festigen. Waren es in der nationalsozialistischen Ideologie die Juden, denen unterstellt wurde, den Bestand einer herbei halluzinierten „arischen Rasse“ zu bedrohen und das „arische Blut“ zu verunreinigen, werden heute oft neue, zeitgemäße Bedrohungsszenarien gezeichnet. Populär ist derzeit die Verschwörungstheorie vom Großen Bevölkerungsaustausch. „Ein Volk kann sich von einer Wirtschaftskrise oder einem Krieg erholen, aber nicht von einem Bevölkerungsaustausch“¹², schreibt der extrem rechte Vordenker Martin Lichtmesz. Linke Politiker*innen seien „wie immer eifrig engagiert, islamische Interessen zu fördern und jeglichen Versuch der Verteidigung des Eigenen zu diffamieren“¹³. Der Krieg sei bezüglich der „Islamisierung“ der europäischen Staaten „längst ausgebrochen.“¹⁴ Die größte Gefahr sei der sich „seit Jahrzehnten vollziehende Bevölkerungsaustausch“, der „eine existentielle Bedrohung für die ethnokulturelle Kontinuität der Völker Europas“¹⁵ darstelle, meinen auch zahlreiche andere neu-rechte Autor*innen. Diejenigen, die den angeblichen Austausch vorantreiben, müssen in der Vorstellung der extremen Rechten „als Feind benannt und entschlossen bekämpft werden“¹⁶, denn sie führen „einen vorsätzlichen Staatsstreich der Regierung gegen das eigene Volk, einen Putsch von oben“¹⁷ durch.



Unter Faschismus wird in diesem Artikel in Bezug auf Roger Griffin eine politische Ideologie verstanden, die sich durch einen radikalen Nationalismus, Popularität und pseudoreligiöse Sakralität kennzeichnet. Die kulturellen Elemente eines Ultra-Nationalismus, die gegen eine als dekadent beschriebene Moral und eine vermeintlich verkrustete demokratische Gegenwart in Stellung gebracht werden, stehen dabei im Vordergrund. Ziel der Ideologie ist die Überwindung der derzeitigen liberal-demokratischen politischen Ordnung durch eine oft nicht näher bestimmte, aber autoritär konnotierte „nationale Wiedergeburt“¹⁸.

Als neuere Entwicklung in der Ideologieschule der extremen Rechten der Bundesrepublik in den letzten Jahren ist ein positiver Rückbezug auf faschistische Ideen zu beobachten. In den Ausführungen dazu wird immer wieder betont, dass die Zeit im deutschsprachigen Raum noch nicht reif zu sein scheint, um den Begriff als solchen zu verwenden. Die positive Bezugnahme geschieht zumeist in Beiträgen über den Faschismus in anderen europäischen Ländern. Bewundernd schreibt der Autor Adriano Scianca in einem Artikel über die italienische *CasaPound*-Bewegung im extrem rechten Theorieorgan „Sezession“: „In Italien gibt es eine große Bereitschaft, die positiven Aspekte des Faschismus außerhalb seiner Dämonisierung und fern von Vorurteilen zu diskutieren.“¹⁹

Der Faschismus ist für ihn „zugleich Synthese und Neuentwurf vor dem Hintergrund gescheiterter Ideologien“²⁰. Anerkennend meint auch Lichtmesz, dass wichtige faschistische Denker „auf der Höhe ihrer Zeit gelebt und gedacht“ hätten und man deshalb bei einer Betrachtung des Faschismus „nicht an rückwärtsgewandten Vorstellungen hängenbleiben“²¹ dürfe. Im Kampf gegen eine multikulturelle und offene Gesellschaft wird die Rückbesinnung auf faschistische Ideen vorgeschlagen: „Bei Lichte betrachtet ist der Faschismus heute in der Tat der totale Gegenentwurf zur vorherrschenden Ideologie der Gleichheit und Gleichzeitigkeit.“²²

Der extrem rechte Autor Benedikt Kaiser schlägt in eine ähnliche Kerbe, wenn er in einem anerkennenden Artikel über den faschistischen Schriftsteller Pierre Drieu la Rochelle aus Frankreich dessen Ansicht wiedergibt, dass der Faschismus „die letzte Hoffnung für eine Rettung vor den beiden Totalitarismen“²³ – gemeint waren Nationalsozialismus und Bolschewismus – gewesen sei. Drieu la Rochelles Streben nach einem starken europäischen Völkerbund der Faschisten in den 1930er Jahren wird in dem Artikel als „größere Vision“ nach einer „europäischen Einheit“²⁴ verklärt. Während also die Verherrlichung von Ideologiefragmenten des NS heute als überholt gilt, nimmt gleichzeitig der positive Rückbezug auf die Ideen des Faschismus zu. In den Theorieschulen der extremen Rechten scheint man sich darüber einig zu sein, dass „die Vorstellung vom Faschismus als antimodernem, wenn nicht sogar vormodernem Phänomen, außerhalb seiner Zeit, als einem rein barbarischen Einbruch in eine vollkommen friedliche Moderne, (...) von den Historikern vollständig beiseite gelegt“²⁵ wurde.

SELBSTVERSTÄNDNIS UND ZIELE

Auf Grundlage des oben beschriebenen Welt- und Feindbildes befindet sich die extreme Rechte in ihrem eigenen Selbstverständnis derzeit im „Kampf um die Identität und das damit zusammenhängende Selbstbestimmungsrecht unserer Völker“²⁶. Als politisches Lager, das diesen Kampf zu führen hat, beschreibt der Mitbegründer des extrem rechten *Instituts für Staatspolitik*, Götz Kubitschek, einen „bunten Haufen“, der zu einer politischen Einheit zu formen sei. Dieses gemeinsame Lager setzt sich laut Selbstbeschreibung zusammen aus: „Intellektuellen, Medien, Verlagen, Bürgerbewegungen, Projekten, Gesinnungsgemeinschaften, Demonstrationsbündnissen und einem parteipolitischen Arm samt parlamentarischer Verankerung.“²⁷ Gemeint sind damit u.a. die *AfD*, die *Ein Prozent*-Gruppierung, die *Identitäre Bewegung*, der Antaios Verlag, *Pegida* und andere asylfeindliche Demonstrationen oder Nein-zum-Heim-Kampagnen, die Zeitschriften und Magazine wie „*Sezession*“ und „*Compact*“, Online-Medien wie „*Political Incorrect*“

oder „*Blaue Narzisse*“, extrem rechte Vereine und Zusammenschlüsse vor Ort in den Kommunen sowie die Zeitung „*Junge Freiheit*“ als „wichtigstem Organ unseres Lagers“²⁸. Gemeinsam sieht man sich in einer geradezu natürlichen Pflicht zu handeln, wenn es z.B. heißt: „Unser Widerstand ist ein Widerstand aus Notwehr.“²⁹ Der Begriff des Widerstandes ist einer der Leitbegriffe der neonazistischen und extrem rechten Szene in der Bundesrepublik, der seit vielen Jahren bedient und durch die Neue Rechte wieder mit Leben gefüllt wird.³⁰

Als Ziel formulieren die derzeit dominierenden extrem rechten Vordenker*innen nicht etwa Reformen, sondern fabulieren offen davon, „eine legale Revolution gegen eine gesetzesbrecherische Obrigkeit zum Erfolg zu führen.“³¹ Das politische System mit seinen unterschiedlichen politischen Parteien wird als Ganzes zum „erstarrten Blockparteiensystem“³² oder „Zerstörer unserer deutschen Zukunft“³³ erhoben, gegen welches man nicht scheitern dürfe. Kubitschek meint: „Das Altparteien-Kartell könnte beispielsweise nicht ergänzt, sondern geradezu auseinandergejagt werden.“³⁴ Mit Blick auf das Erstarken des oben beschriebenen Milieus, dem Wählerzuspruch für die *AfD* und den hohen Teilnehmerzahlen bei *Pegida* und rassistischen Anti-Asyl-Demonstrationen, wittert die extreme Rechte in den letzten Jahren die Chance auf einen politischen Umsturz. „Wir haben erstmals einen Akteur, also eine starke Neue Rechte, die revolutionäre Ideen mehrheitsfähig macht und Radikalität und Professionalität in sich vereint.“³⁵ Dabei kommt es auch in der Sprache und in den Ausdrucksformen zu einer Zuspitzung, wenn es von Kubitschek z.B. heißt: „Sie oder wir – drunter geht es nicht mehr.“³⁶ oder „Wer für Deutschland ist, muß siegen wollen!“³⁷ Um dieses Ziel zu erreichen, findet inzwischen auch eine offene Diskussion über die Notwendigkeit von Gewalt statt. Felix Menzel spricht von einer „Unmöglichkeit, eine liberale Demokratie tiefgreifend aus dem System selbst heraus zu verändern.“³⁸ Es sei deshalb eine Frage von Opferbereitschaft und dem „Austragungsort“, wann und wie Gewalt zum Einsatz komme. Am Ende, so ist sich der extrem rechte Autor sicher, werden die derzeitigen politischen Autoritäten „genauso enden wie

die DDR-Führung 1989 und die russischen Kommunisten.“³⁹ Die immer wiederkehrende Bezugnahme auf das Ende der DDR, die sich auch in anderen Texten der extremen Rechten findet, kann als Ankündigung eines politischen Umsturzes gelesen werden, der den liberal-demokratischen Rechtsstaat überwinden möchte.

STRATEGIE

Um die eigenen Ziele erreichen zu können, geht es der extremen Rechten um eine (1.) anschlussfähige Gesellschaftsanalyse, eine „geistige Revolte“⁴⁰, die zu einer Diskursverschiebung („Rechtsruck“) führt, um sich (2.) über rechte Graswurzelbewegungen zu verankern und eine „Mobilmachung der Zivilgesellschaft gegen ihre Bedrohung durch die Überfremdung“⁴¹ zu erreichen. Letztlich steht am Ende der extrem rechten Strategie eine (3.) rechte „Revolte“ gegen das derzeitige politische System, die erfolgreich umgesetzt werden soll.

Dabei sieht man sich strategisch in einer Traditionslinie mit den oben genannten historischen Vorbildern: „Die Faschisten hatten damals Erfolg, weil sie es verstanden, ihre eigene Zeit zu interpretieren und ihre Epoche zu verstehen. Unsere Zeit verlangt von uns dasselbe, denn der erste Schritt, um als Revolutionäre zu scheitern, wäre, die Epoche zu mißverstehen und in einer imaginären Realität zu leben.“⁴²

Auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaftsordnung geht es der extremen Rechten zuerst um die Übertragung der eigenen Propaganda in das politische Denken der Menschen: „Vor der Parteienrevolution kommt die politisch-kulturelle Revolution. Dazu muß zunächst Platz in den Köpfen geschaffen werden.“⁴³ Bereits vor zehn Jahren wurde innerhalb des damals neurechten Spektrums damit begonnen, einen sogenannten „Lektüre-Kanon“ aufzustellen, der über den rechten Antaios Verlag vertrieben wird. Strategisch wird dieser dazu eingesetzt, sicherzustellen, dass sich eine extrem rechte Elite bildet, „die im Moment der Identitätsbedrohung und der existenzgefährdenden Assimilierung auf den Plan tritt, um die entscheidenden

Identitätselemente zu sammeln und das Volksbewusstsein zu wahren und zu verbreiten.“⁴⁴ Diese rechte Elite wird als „Kompanie des Geistes und der Anstrengungsbereitschaft“⁴⁵ tituliert, die dazu in der Lage ist, andere zu überzeugen und so den gesellschaftlichen Resonanzraum für die eigene Ideologie zu vergrößern. Rechtsextreme Positionen, so das selbstformulierte strategische Ziel, sollen vom „Randbereich“ der Gesellschaft „von ‚undenkbar‘ über ‚akzeptabel‘ bis hin zur populären politischen Tagesordnung“⁴⁶ wandern. Dass diese Strategie die ersten Früchte trägt, haben die neuen extrem rechten Vordenker*innen bereits vor zwei Jahren registriert: „Jedes einzelne Element im Widerstandsmilieu Deutschlands hat in den vergangenen drei bis fünf Jahren Ausdehnungsmöglichkeiten vorgefunden und genutzt (...), die zuvor nicht denkbar waren.“⁴⁷

In einem nächsten Schritt versucht die extreme Rechte derzeit über die Gründung von gemeinnützigen Vereinen und der Entdeckung von vermeintlichem sozialen Engagement eine Zivilgesellschaft von rechts zu schaffen und zu etablieren. In Sachsen wurden in den letzten drei Jahren in unterschiedlichen Regionen eine ganze Reihe von Vereinen oder Kampagnen sichtbar, deren Organisator*innen aus der rechtsextremen Szene oder dem nahen *Pegida*-Umfeld stammen. Bereits 2012 träumten rechte Vordenker*innen mit einem Blick auf die damalige Entstehung des rechtsextremen „Bloc Identitaire“ in Frankreich davon, dass auch in der Bundesrepublik Graswurzelbewegungen angestoßen werden könnten. Die italienische *CasaPound*-Bewegung vor Augen, sieht man eine Aufgabe in der „Aktualisierung des Faschismus, und der Schwerpunkt liegt dabei erwartungsgemäß auf der Alltagsgestaltung.“⁴⁸

Inzwischen ist man sich scheinbar darüber einig, wie eine solche Strategie umgesetzt werden kann. Die neuen Rechten versuchen sich in der Wiederentdeckung der sogenannten „sozialen Frage“. Benedikt Kaiser sagt dazu: „Solidarität ist dabei anthropologisch und historisch zuallererst ein Aspekt der Fürsorge für den räumlich oder kulturell, religiös oder ethnisch Nächsten. Solidarität braucht daher gerade auch angesichts der kapitalistischen Verwerfungen Grenzen.“⁴⁹ Es geht

also beim vermeintlichen sozialen Engagement von rechts in allererster Linie um die Nationalisierung und Ethnisierung sozialer Verteilungsfragen. Darüber hinaus wolle man der Sozialdemokratie und der Linken mit der „sozialen Frage“ ein letztes Steckenpferd abnehmen, das diesen bisher noch geblieben sei.

Neben der Bearbeitung der sogenannten sozialen Frage werden eingetragene Vereine gegründet, die in den Kommunen vor Ort Kulturveranstaltungen durchführen oder sich der Heimat- und Traditionspflege verschreiben. Als rechte Zivilgesellschaft soll dazu beigetragen werden, dass extrem rechtes Denken in der Alltagswelt verbreitet wird und sich an der Basis verwurzelt. Bereits vor vier Jahren wurde die diesbezügliche Marschrichtung vorgegeben: „PEGIDA, oder vielmehr die gesellschaftliche Strömung, die PEGIDA vertritt, muß sich die gesamte Palette zivilgesellschaftlicher Druckmittel zum eigenen Vorteil aneignen: Bürgergruppen, Lobbyorganisationen, Nachbarschaftsinitiativen, Interessenvertretungen, Blockaden, Petitionen und Bürgerentscheide. Auf jedem Feld müssen Interessenverbände der Deutschen dem Meinungs- und Gestaltungsdictat der fast schon totalitären Buntideologie entgegentreten. Institutionalisierte und damit permanente Interessenwahrnehmung in der Mittelebene über dem Straßenprotest, aber unterhalb der Parteibildung muß das strategische Ziel sein.“⁵⁰ Erkannt wurde in diesem Kontext die immense Bedeutung der ländlichen Regionen: „Egal, ob wir die abendländische Kultur bewahren oder eine neue Kultur anbahnen wollen:

Die Grundlage hierfür wächst auf dem Land.“⁵¹ Die Zielgruppe der Bemühungen um die Schaffung und Etablierung einer rechten Zivilgesellschaft „sind dabei primär die eigentlich Unpolitischen, die es nun zu politisieren gilt“, heißt es in den Strategiepapieren; und weiter: „Sie müssen den Eindruck gewinnen, daß unser Weltbild schon bald das vorherrschende sein könnte.“⁵² Dabei sei behutsam vorzugehen, um nicht den Anschluss und die inhaltlichen Schnittmengen mit eben jener Zielgruppe der politischen Arbeit zu verlieren und um verstanden zu werden. „Man muß die Leute dort abholen, wo sie stehen. Und: Der Köder muß dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.“⁵³ heißt es in



Lutherdenkmal, Dresden - Detail

Anweisungen neurechter Kreise, in denen beschrieben wird, wie das gemeinsame Ziel erreicht werden kann.

Eine rechte Zivilgesellschaft soll durch Engagement für „deutsche Obdachlose und Bedürftige“ oder durch die Wiederbelebung regionaler Traditionen und Brauchtumpflege „zur Identifikation einladen, ja geradezu zur Identifikation nötigen. Sie erzeugt ein Wir-Gefühl, sie stärkt die eigene Identität“.⁵⁴ Am Ende geht es darum, die anvisierte Zielgruppe für die geplante Revolte zu mobilisieren: „Die Menschen stellen sich Fragen, die sie vorher nicht gestellt hätten, und es ist wichtig, ihnen jetzt Antworten zu liefern.“⁵⁵ Dann, so heißt es, kann niemand „mehr ignorieren, daß das deutsche Volk ausgetauscht wird.“⁵⁶ Klar wird spätestens hier, all diese Bemühungen dienen letztlich der Vorbereitung eines tatsächlichen Umsturzes des politischen Systems. „Zunächst muß auf eine Revolte hingedacht und hingearbeitet werden, auf eine Revolte gegen den Großen Austausch“⁵⁷, meint Kubitschek.

„An revolutionären Veränderungen führt kein Weg vorbei.“⁵⁸ ist die Botschaft, die sich aus den Strategien der aktuell dominierenden extremen Rechten ablesen lässt. Aus der Ablehnung der derzeitigen Verfasstheit der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung wird dabei kein Geheimnis gemacht, wenn Autor*innen fragen: „Was aber ist so schwierig daran zu verstehen, daß, wenn Vernunft und Funktionalität die Konsensdemokratie begründen, Widerstand dagegen in dem Moment vernünftig sein könnte, in dem das System nicht mehr funktioniert und sich irrational verhält?“⁵⁹

Als eines der Vorbilder für eine politische Veränderung wird u.a. die Regierung von Viktor Orbán in Ungarn benannt. Mit Blick auf die strategischen Notwendigkeiten, die politische Macht in Deutschland zu erlangen, heißt es: „Grundlegend dafür waren ganz konkrete und einfache Maßnahmen, wie die Gründung von ‚Bürgerkreisen‘, Vernetzungen und Mitgliederbetreuung im Stil moderner NGOs, Nutzung sozialer Medien, und die harmonische Zusammenarbeit von Partei, Bewegung und metapolitischen Denkern.“⁶⁰

PRAXIS

Mit Blick auf die Strategien, die beispielsweise in Ungarn erfolgreich waren, resümieren die Vordenker*innen der extremen Rechten inzwischen: „Das sind Maßnahmen, die auch bei uns möglich sind und in einigen jungen Projekten erstmals erprobt werden.“⁶¹ In der vorliegenden Publikation wird dabei insbesondere auf die *Ein Prozent*-Gruppierung einzugehen sein, die in der Selbstdarstellung der neuen extrem rechten Vordenker*innen gern als das Flaggschiff der rechten Bürgernetzwerke präsentiert wird. So heißt es in der extrem rechten Zeitschrift „Sezession“ im Juni 2016, dass *Ein Prozent* als Bindeglied zwischen den örtlichen rechten Demonstrationsbündnissen konzipiert sei und „diese Gruppen materiell, ideell, publizistisch und juristisch“ unterstütze. Der Name der Gruppierung kann in Anlehnung an Ernst Jünger als der eine von Hundert verstanden werden, der bereit ist, für seine politischen Überzeugungen ernsthafte Opfer zu bringen.⁶² Ein Prozent der Bevölkerung soll mobilisiert werden, um die oben beschriebene Revolte anzuzetteln. Andere Gruppen und Kampagnen in Sachsen orientieren sich in ihrer praktischen Arbeit ebenfalls an den oben beschriebenen Zielen und Strategien.

Als ein Paradebeispiel für soziales Engagement von rechts ist der Verein *„Dresdner Bürger helfen Obdachlosen und Bedürftigen“* zu nennen. In einem Rundbrief der extrem rechten *Ein Prozent*-Gruppierung heißt es dazu: „Während die Stadtoberen alles Erdenkliche tun, um auch in dieser Stadt vor allem dem und den Fremden den roten Teppich auszurollen, werden wie überall in Deutschland gerne jene Deutsche vergessen, die im Leben einer Ellbogengesellschaft nicht so viel Glück hatten.“⁶³ Ingolf Knajder und sein Verein *„Dresdner Bürger helfen Obdachlosen und Bedürftigen“* zeigen nach Ansicht von *Ein Prozent*, wie gelebte Solidarität tatsächlich aussehen kann. Den Vorwurf, dass man dabei zuerst den Deutschen helfen wolle, lasse man sich laut dem Rundbrief von *Ein Prozent* sehr gern gefallen. Die Organisator*innen des Vereins werden dem Umfeld von *Pegida* und der extrem rechten *Ein Prozent*-Gruppierung zugeordnet.⁶⁴



Fürstenzug Dresden

Neben zahlreichen anderen Aktivitäten in jenem Lager, folgen inzwischen auch Neonazis den oben beschriebenen Ideen, um ihre Ziele umzusetzen. Einige Neonazis in der Sächsischen Schweiz, die in Pirna das „Haus Montag“ betreiben, haben die faschistische CasaPound-Bewegung in Italien zum Vorbild genommen. Die „Casa Montag“ ist eine ehemalige Schule in Rom, die im Jahr 2002 von italienischen Faschist*innen besetzt wurde und seitdem als Ort für Konzerte und Schulungen genutzt wurde. Unter dem Namen „Montag“ firmierte auch die Zeitung der faschistischen CasaPound-Bewegung in Italien. Guy Montag ist der Held in dem dystopischen Roman „Fahrenheit 451“ des amerikanischen Autors Ray Bradbury. Der Roman spielt in einer Gesellschaft, in welcher das Lesen und Besitzen von Büchern sowie das selbstständige Denken verboten sind. Feuerwehrleute haben die Aufgabe, Bücher aufzuspüren und zu verbrennen. Der Feuerwehrmann Guy Montag widersetzt sich in dem Roman „Fahrenheit 451“ diesem Dogma und schließt sich einer Widerstandsgruppe an. Der eingetragene Verein, der von dem Personenkreis des „Haus Montag“ in Pirna am Vorabend des 20.04.2017 zum Betreiben des Neonazi-Treffpunktes gegründet wurde, trägt den Namen „Klub 451 Pirna e.V.“. Ein anderer Neonazi, der an der Gründung und dem Vorsitz eines eingetragenen Vereins beteiligt gewesen war, ist der Neonazi Maik Arnold. Er war in der Vergangenheit in der verbotenen Organisation „Nationale Sozialisten Chemnitz“ (NSC) und als ein Stützpunktleiter der Neonazi-Kleinstpartei *Der Dritte Weg* aufgefallen. Mit dem Verein „UHUZ – Unsere Heimat-unsere Zukunft e.V.“ aus dem Erzgebirge soll deutsche Traditions- und Brauchtumpflege durchgeführt werden. Zugleich wird rechtsextreme Propaganda verbreitet und es werden Informationen und Aufrufe von und über die AfD sowie von rechtsextremen Gruppen und Parteien über eigene mediale Kanäle verbreitet. An den rechten Demonstrationen Ende August/Anfang September 2018 in Chemnitz nahm der Verein und einige seiner Mitglieder mit einem eigenen Transparent teil.

1 | Vgl. u.a. Speit, Andreas (2016): *Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida*. Zürich: Orell Füssli Verlag. S. 151 ff.

2 | Vgl. u.a. Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.

3 | Korsch, Felix (2016): *Wehrhafter Rassismus. Materialien zu Vigilantismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts*. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): *Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror*. Berlin: Manuskripte. S. 16.

4 | Wölk, Volkmar (2017): *Neue Rechte*. In: Ahlheim, Klaus/Kopke, Christoph (Hrsg.): *Handlexikon Rechter Radikalismus*. Ulm: Klemm+Oelschläger. S. 102-104.

5 | Laskowski, Wolfgang (2018): *Publizistische Zellteilung: „Cato“ und „Sezession“*. In: *Der Rechte Rand*, Ausgabe 172, Mai/Juni 2018: S. 10-11.

6 | Majic, Danijel (2017): *Feindliche Übernahme*. In: *Der Rechte Rand*, Ausgabe 169, November 2017, S. 4-5.

7 | Weißmann, Karlheinz (2011): *Kollektive Identität*. In: *Sezession 43*, August 2011: S. 10-14, S. 14.

8 | Kositzka, Ellen (2009): *Deutsche Flüchtlinge*. In: *Sezession 32*, Oktober 2009: S. 24-27, S. 26.

9 | Lisson, Frank (2011): *Die Verachtung des Eigenen*. In: *Sezession 45*, Dezember 2011: S. 18-21, S. 18.

10 | Sellner, Martin (2015): *Machbarkeit und Machenschaft – eine empathische Lektüre*. In: *Sezession 43*, August 2011: S. 8-11, S. 11.

11 | Weißmann, Karlheinz (2011): *Kollektive Identität*. In: *Sezession 43*, August 2011: S. 10-14, S. 13.

12 | Lichtmesz, Martin (2012): *Identitär*. In: *Sezession 51*, Dezember 2012: S. 20-23, S.22.

13 | Ebd.

14 | Ebd. S. 21.

15 | Schmidt, Thomas (2015): *Bevölkerungsaustausch in Europa: Ursachen – Stand – Perspektiven*. In: *Sezession 47*, August 2015: S. 28-33; s. 28.

16 | Waldstein, Thor v. (2016): *Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht*. In: *Sezession 70*, Februar 2016: S. 30-32, S. 30.

17 | Ebd. S. 31.

18 | Griffin, Roger (1991): *The Nature of Fascism*. New York: Palgrave.

19 | Scianca, Adriano (2013): *Der Faschismus der CasaPound Italia (CPI)*. In: *Sezession 55*, August 2013: S. 34-37, S. 36.

20 | Ebd.

21 | Lichtmesz, Martin (2010): *CasaPound*. In: *Sezession 34*, Februar 2010: S. 22-26, S. 26.

22 | Scianca, Adriano (2013): *Der Faschismus der CasaPound Italia (CPI)*. In: *Sezession 55*, August 2013: S. 34-37, S. 36.

23 | Kaiser, Benedikt (2012): *„Umstritten“ – Drieu la Rochelle in der Pléiade*. In: *Sezession 51*, Dezember 2012: S. 40-41, S. 41.

24 | Ebd. S. 40.

25 | Scianca, Adriano (2013): *Der Faschismus der CasaPound*

Italia (CPI). In: *Sezession 55*, August 2013: S. 34-37, S. 36.

26 | Kubitschek, Götz (2016): *Hygienefimmel und Thymos-Regulierung*. In: *Sezession 70*, Februar 2016: S. 10-13, S. 10.

27 | Ebd.

28 | Ebd. S. 11.

29 | Lisson, Frank (2008): *Widerstand. Lage-Traum-Tat. Schnellroda: Edition Antaios*. S. 52.

30 | Vgl. u.a. Korsch, Felix (2016): *Wehrhafter Rassismus. Materialien zu Vigilantismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts*. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): *Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror*. Berlin: Manuskripte. S. 47 ff.

31 | Waldstein, Thor v. (2016): *Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht*. In: *Sezession 70*, Februar 2016: S. 30-32, S. 32.

32 | Lisson, Frank (2008): *Widerstand. Lage-Traum-Tat. Schnellroda: Edition Antaios*. S. 12.

33 | Kubitschek, Götz (2016): *Schlingen im Widerstandsmilieu*. In: *Sezession 72*, Juni 2016: S. 26-29, S. 28.

34 | Ebd. S. 26.

35 | Ebd. S. 29.

36 | Ebd.

37 | Ebd.

38 | Menzel, Felix (2016): *Keht die Gewalt zurück?* In: *Sezession 71*, April 2016: S. 34-37, S. 35.

39 | Ebd. S. 37.

40 | Sellner, Martin (2015): *Machbarkeit und Machenschaft – eine empathische Lektüre*. In: *Sezession 43*, August 2011: S. 8-11, S. 11.

41 | Kubitschek, Götz (2015): *Rückgebundene Mobilmachung*. In: *Sezession 68*, Oktober 2015: S. 45-47, S. 47.

42 | Scianca, Adriano (2013): *Der Faschismus der CasaPound Italia (CPI)*. In: *Sezession 55*, August 2013: S. 34-37, S. 37.

43 | Ramb, Bernd-Thomas (2010): *Raumgewinn! Über die nächste deutsche Revolution. Gespräch mit Götz Kubitschek*. In: *Sezession 37*, August 2010: S. 34-35, S. 35.

44 | Kubitschek, Götz (2010): *Wie etwas bleibt*. In: *Sezession 38*, Oktober 2010: S. 2-6, S. 4.

45 | Ebd. S. 5

46 | Sellner, Martin (2016): *Polarisierung und Wende – von Ungarn lernen*. In: *Sezession 70*, Februar 2016: S. 18-22, S. 18.

47 | Kubitschek, Götz (2016): *Schlingen im Widerstandsmilieu*. In: *Sezession 72*, Juni 2016: S. 26-29, S. 26.

48 | Scianca, Adriano (2013): *Der Faschismus der CasaPound Italia (CPI)*. In: *Sezession 55*, August 2013: S. 34-37, S. 37.

49 | Kaiser, Benedikt (2016): *Abstiegsgangst und Aufbegehren im Krisenkapitalismus*. In: *Sezession 75*, Dezember 2016: S. 28-31, S. 31.

50 | Baumgartner, Falko (2015): *Der zweite Atem der PEGIDA*. In: *Sezession 65*, April 2015: S. 2-3, S. 3.

51 | Beleites, Michael (2016): *Land-Wende – Zehn Thesen zur Zukunft der ländlichen Welt*. In: *Sezession 74*, Oktober 2016: S. 38-41, S. 38.

52 | Kurz, Georg (2016): *Weltbildfixierung, Weltbildwechsel*. In: *Sezession 75*, Dezember 2016: S. 24-27, S. 27.

53 | Meyer, Lutz (2015): *Die Erreichbarkeit der noch nicht Erreichten*. In: *Sezession 68*, Oktober 2015: S. 30-35, S. 30.

54 | Ebd.

55 | Kurz, Georg (2016): *Weltbildfixierung, Weltbildwechsel*. In: *Sezession 75*, Dezember 2016: S. 24-27, S. 27.

56 | Ebd.

57 | Kubitschek, Götz (2016): *Hygienefimmel und Thymos-Regulierung*. In: *Sezession 70*, Februar 2016: S. 10-13, S. 13.

58 | Ramb, Bernd-Thomas (2010): *Raumgewinn! Über die nächste deutsche Revolution. Gespräch mit Götz Kubitschek*. In: *Sezession 37*, August 2010: S. 34-35, S. 35.

59 | Bosselmann, Heino (2012): *Gesellschaftsvertrag und Widerstand*. In: *Sezession 47*, April 2012: S. 24-26, S. 26.

60 | Sellner, Martin (2016): *Polarisierung und Wende – von Ungarn lernen*. In: *Sezession 70*, Februar 2016: S. 18-22, S. 22.

61 | Ebd.

62 | Korsch, Felix (2016): *Wehrhafter Rassismus. Materialien zu Vigilantismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts*. In: Burschel, Friedrich (Hrsg.): *Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror*. Berlin: Manuskripte. S. 41 ff.

63 | *Rundbrief des Ein Prozent e.V. vom 18.12.2018 unter dem Titel „Dresden: Nächstenliebe auf Sächsisch“*.

64 | Teidelbaum, Lucius (2018): *Ein Herz für [deutsche] Obdachlose? In: Der Rechte Rand*, Ausgabe 170, Januar 2018.

-2-

EINE RECHTE NGO. DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT & RASSISMUS IM BÜRGERLICHEN GEWAND.

DER GRÜNDUNGSMYTHOS VON EIN PROZENT

Im Jahr 2015 erreichten asylfeindliche Kundgebungen, Bürgerinitiativen und Antiasylgruppen in sozialen Netzwerken sowie rassistisch motivierte Gewalttaten deutschlandweit einen traurigen Höhepunkt. In Sachsen fanden beispielsweise in dem Jahr mindestens 595 Demonstrationen gegen die Asylpolitik statt und damit so viele wie in keinem anderen Bundesland. Im Herbst 2015 feierte *Pegida* sein einjähriges Bestehen auf Dresdens Straßen. Nicht wenige Demonstrant*innen – darunter später verurteilte Straftäter – bekannten, durch *Pegida* politisiert worden zu sein.

In diese rassistische Atmosphäre hinein verkündeten am 24. Oktober 2015 auf der „Compact“-Konferenz in Berlin¹ Karl Albrecht Schachtschneider, André Poggenburg, Jürgen Elsässer, Götz Kubitschek und Martin Sellner die Idee, das Kampagnenprojekt *Ein Prozent für unser Land* zu gründen.² Schaut man sich diese Personen aus *AfD*, *Neuer Rechter* und rechtsextremer *Identitärer Bewegung* näher an, wird schnell deutlich, dass es sich um langjährige Aktivisten handelt. Die Zeit schien günstig für das Hineinwirken in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus und für einen gemeinsamen Protest gegen die aktuelle (Flüchtlings-)Politik weit über neonazistische und neurechte Kreise hinaus.

Der „Compact“-Chefredakteur Elsässer gab auf der Konferenz die Richtung vor: Trotz der katastrophalen Lage dürfe man sich nicht provozieren lassen, die Sprache muss den Zwecken angemessen bleiben, die

Grenzen des Vertretbaren sollten nicht überschritten werden. Es gehe darum, die gesellschaftliche Mitte zu gewinnen. Er gab sich große Mühe deutlich zu machen, dass sie selbst nicht die „Extremisten“ seien. Diese verortete er in der Regierung. Wahlen ändern nichts, dann wären sie aus Elsässers Perspektive verboten. Die einzig wirksamen Mittel gegen diese Regierung seien die Einheit der Bewegung und der Kampf auf der Straße.³

Peter Feist, Autor des „Compact“-Magazins, konkretisierte das Anliegen von *Ein Prozent für unser Land* auf der Konferenz am 24. Oktober 2015 in Berlin: Es ginge um die Finanzierung der angestrebten Verfassungsklage⁴, die Errichtung einer Vernetzungsplattform sowie die Unterstützung lokaler Initiativen.

Im Januar 2016, kurz vor der offiziellen Vereinsgründung, beschwor der Dresdner Nicos Chawales, als Botschafter für *Ein Prozent* im Land unterwegs, die „Querfront der Aufrechten“ und den „Verbund von Patrioten“ als Basis der Arbeit. Seiner Meinung nach fehle es den Bürgerbewegungen an Geld, an Einigkeit sowie an einer Gegenöffentlichkeit. Angesichts einer aus seiner Sicht bestehenden „Meinungsdiktatur“ und der „permanenten Rechtsbrechung“ durch die Regierung bräuchte es juristische Unterstützung, die durch *Ein Prozent* angeboten wird.

Am 17. Februar 2016 wurde der Verein *Ein Prozent e.V.* unter dem Vorsitz von Philip Stein, nach eigenen Angaben freier Autor und Verleger, gegründet. Stein ist Burschenschaftler (*Germania Marburg*) und Gründer des Jungeuropa-Verlages.⁵ Im April 2017 trat er als Referent bei einem Kongress der faschistischen *CasaPound* in Rom auf.⁶ Der Lausitzer Helge Hilse

wurde stellvertretender Projektleiter – *Ein Prozent* wird häufig als Projekt bezeichnet – und Koordinator für Aktivismus und Vernetzung. Der offizielle Vereinsitz befindet sich im Kurort Oybin. Hilse tritt öffentlich nicht in Erscheinung.⁷

„WIDERSTAND“ ALS IDENTITÄTSSTIFTENDE KATEGORIE FÜR EIN PROZENT E.V.

Ende Juni 2016 sprach Philipp Stein davon, dass sich *Ein Prozent* um alle Bürger kümmert, die sich in den „zivilen Widerstand“ begeben haben, um sie als durch sie gegründeten „Bürgergruppen auf juristische, logistische und finanzielle Art zu unterstützen“. *Ein Prozent* sieht sich als zentrale Anlaufstelle für den „Widerstand“ in Deutschland. Dies bekräftigte Stein mit der Vorstellung einer interaktiven Karte, die die Orte des „Widerstandes“ enthält.

Der Begriff „Widerstand“ zog sich durch Reden, Transparente und Internetauftritte. Unter dem Slogan „Wir im Widerstand“ wurden verschiedenste lokale Initiativen vernetzt. Mit dem Begriff knüpfen sie nahtlos an den von neonazistischen Kreisen geprägten „nationalen Widerstand“ an. Im Unterschied zu diesem sprechen sie vom „zivilen Widerstand“. Erinnert sei hier an die von Elsässer angemahnte Sprache, die den „Zwecken angemessen“ sein soll. Immerhin geht es um das Gewinnen der „gesellschaftlichen Mitte“. Die Begriffe zivil und Zivilcourage spielen genau aus dem Grund eine zentrale Rolle. Besonders wurde das in dem immer wieder bei *Ein Prozent*-Auftritten (wie bei *Pegida* in Dresden) sichtbaren Slogan „Zivilcourage ist kein Verbrechen“ deutlich.

Auch im Selbstverständnis von *Ein Prozent* fällt – neben der Professionalisierung des Protestes – das Wort „Widerstand“ auf. Dieser ist gegen die politische Klasse gerichtet, die die „Politik der Masseneinwanderung und die stetig wachsende Kluft zwischen regieren-



Altstadt, Pirna

der politischer Kaste und dem eigentlichen Souverän – dem Volk – zu verantworten hat.“ Die Eigenbeschreibung der „Wir“- Gruppe erfolgt mit den Worten „heimatliebend“, „verantwortungsbewusst“, sich für deutsche Interessen einsetzend. Sie scheint von großer Homogenität geprägt, was sich immer wieder in Begriffen wie „das eigene Volk“, „patriotischer Block“ und „Bürgerbewegung“ äußert. Die „Anderen“ sind verantwortungslos, die Interessen des eigenen Volkes missachtend.⁸

DIE „BÜRGERLICHE MITTE“ IM WIDERSTAND

Die praktische Umsetzung der „Projektidee“ *Ein Prozent* lässt sich am Beispiel lokaler sächsischer Initiativen verdeutlichen. Welche Gruppen die Protagonisten als unterstützenswert ansehen und welche nicht, ist nicht immer eindeutig zu erkennen. Offensichtlich spielen in einigen Fällen langjährige politische und persönliche Kontakte eine Rolle. Die Unterstützung ist jeweils unterschiedlich, orientiert sich aber an den drei Säulen Vernetzung, Professionalisierung und Finanzierung.

Unter dem Slogan „Wir im Widerstand“ wurden auf dem Blog von *Ein Prozent* verschiedene deutschnationale Bürgerinitiativen und Protestgruppen vorgestellt. *Ein Prozent* wird häufig als Impulsgeber für die Entstehung der Gruppen benannt.⁹

Vorgestellt wurden beispielsweise die Gruppen *Pro Patria Pirna* und *Radebeul.350* um sich und ihre Anliegen zu präsentieren.

Pro Patria Pirna bezeichnet sich selbst als „aktivistische Bürgerbewegung aus der Mitte der Gesellschaft“¹⁰, zu deren Kern laut eigenen Angaben acht mittelständische Unternehmer gehören, denen Heimat und Kultur am Herzen liegen. Sie sprechen von einer „rapiden Verschlechterung der Lage in Pirna und Umgebung“, die sie an der sinkenden Bevölkerungszahl und der Zahl der geflüchteten Menschen fest machen. Die „spürbar negativen Veränderungen“ – *Pro Patria*

Pirna nennt es „die Katastrophe, die sich jeden Tag offenbart“ – haben sie zum Organisieren des bürgerlichen Widerstandes veranlasst. Die Gruppe machte durch eine im Frühjahr 2015 erfolgte „Umgestaltung“ des Osterbrunnens auf dem Marktplatz auf sich aufmerksam. Dort war zu lesen: „Das Eigene, Heimat und Identität sind auch Menschenrechte!“. Zudem veranstaltete sie am Denkmal für die Opfer der Nazidiktatur eine Gedenkfeier für die Opfer des Terroranschlags am Berliner Breitscheidplatz. Zugänge in unterschiedliche Milieus und Institutionen sind durch die Zusammensetzung der Gruppe, Unternehmer*innen, katholische und evangelische Christ*innen, möglich. In der öffentlichen Wahrnehmung ist es vor allem der Unternehmer und Katholik Daniel Heimann, der mit dem Vordenker der sogenannten „Neuen Rechten“ Götz Kubitschek befreundet ist und diesen zu Veranstaltungen nach Pirna einlud.¹¹

Bei den Aktionen der Gruppe wurde auch eine enge Beziehung zu Tim Lochner (*Pirna kann mehr – Blaue Wende*, Tischlereibesitzer, mittelständischer Unternehmer), Thomas Hobrack (Inhaber eines Immobilienservice, bis 1. September 2016 stellvertretender Vorstandsvorsitzender des *Evang. Schulvereins Pirna e.V.*) und Michael Walther (Evang. Christ und Mitinhaber einer Pirnaer Steuerberatungsfirma) deutlich. Heimann, Hobrack und Lochner hatten bereits im Sommer 2016 gegen das Hissen der Regenbogenfahne in Pirna protestiert.¹²

Die Gruppe *Radebeul.350* gründete sich im Januar 2016 und setzt in ihrer Programmatik auf „Aktivismus als frische Antwort auf die Unsäglichkeit der Merkel’schen Politik gegen das eigene Volk.“ Auch ihnen ist es wichtig zu betonen, dass ihre Mitglieder aus „der Mitte der deutschen Gesellschaft“ kommen und „beachtliche Lebensleistungen zustande gebracht“ haben. „Es sind entschlossene Familien, die Kinder in die Welt gesetzt und sich ihre Stellungen mit fleißiger Arbeit aufgebaut haben.“ Wie ein *Ein Prozent* - Werbefilm, in dem auch die Gruppe *Radebeul.350* vorkommt, zeigt, sind auch hier Zugänge in bürgerliche und christliche Milieus vorhanden. Im Film wird behauptet, unter den Mitgliedern der Gruppe seien „Studenten bis

Rentner“, „Arbeiter bis Theologen“, ihr Bildungsgrad und ihr Einkommen seien eher „überdurchschnittlich“. Die besondere Betonung der Zusammensetzung der Gruppe hat durchaus strategische Bedeutung. Ziel ist es, möglichst genau diese Breite anzusprechen und so zu tun, als würde man für diese Breite stehen.

Die Teilnahme an Demonstrationen wie *Pegida*, die sie selbst als patriotisch bezeichnen, sehen sie als eine Form „rechter Protestkultur“, die aber aus ihrer Sicht nicht ausreicht. Es gilt vielmehr, weitere Formen wie Flashmobs, Blockaden und Störaktionen zu nutzen, „um auf anderen Ebenen und Wegen die politischen Eliten unter Druck zu setzen“ und die vermeintliche Dominanz einer „linken“ Protestkultur „ins Wanken zu bringen.“ Öffentlich sichtbar wurde die Gruppe mit mehreren Banneraktionen, z.B. während des Besuchs von Justizminister Heiko Maas in Dresden Anfang Mai 2016¹³, oder wenig später an einer Brücke in Radebeul¹⁴ und auch vor bzw. an der Lutherkirche in Radebeul¹⁵. Auf den Transparenten war unter anderem zu lesen: „Merkel u. ihre Schwarz-Rot-Grünen Vasallen hinter Gitter! Es lebe PEGIDA u. AfD!“

Die Gruppe *Dresden 5k* orientierte sich ebenfalls an dem von der *Ein Prozent*-Bewegung herausgegebenen Motto, ein Prozent der Dresdner Bevölkerung zu erreichen um Deutschland zu verändern. Anders als die beiden vorher genannten Gruppen nutzen sie nicht das von *Ein Prozent* zur Verfügung gestellte Design, sondern sind als Gruppe *Dresden 5k* ausschließlich auf Facebook aktiv. Nach eigenen Angaben gehören zu ihren „Aktivisten und Unterstützern auch Bürger mit überdurchschnittlichem Bildungsgrad und guter Vernetzung“. Als Beleg dafür führt die Gruppe den Bericht über die Veranstaltung „Medien und Meinung“ des AfD Kreisverbandes Dresden am 26. Oktober 2018 in der Messe Dresden an. An einzelnen Aktionen der Gruppe *Dresden 5k* nahmen in der Vergangenheit auch Personen teil, die seit vielen Jahren an Demonstrationen und Aktionen der regionalen Neonazi-Szene beteiligt waren.

Unter dem Dach von *Ein Prozent e.V.* firmieren in Dresden eine Reihe Vereine und Aktivitäten. Unter anderem

hat der Verein *Pro Mitsprache e.V.* mit dem Projekt „Kunst ist frei – das Trojanische Pferd“ mit Hilfe von *Ein Prozent* Öffentlichkeit erreicht. Aktuelle Aktivitäten der Gruppe wie beispielsweise das Anbringen von Bannern und das Besetzen von Plätzen laufen unter dem Motto „Migrationspakt stoppen“. Der Aktionstag zu diesem Thema verdeutlichte einmal mehr *Ein Prozent* als Vernetzungsplattform. Veranstalter des Tages waren *Pro Mitsprache e.V.* in Kooperation mit *Zukunft Heimat Cottbus* und „Kunst ist frei – das Trojanische Pferd“.

Eine besondere Aufmerksamkeit erzielten die Gruppen *Radebeul.350* und *Dresden 5k* im Frühjahr 2017 im Zusammenhang mit der Anklage von vier Männern vor dem Amtsgericht Kamenz wegen Freiheitsberaubung. Die vier Männer hatten einen irakischen Flüchtling aus einem Supermarkt in Arnsdorf gedrängt und mit Kabelbindern an einem Baum gefesselt. Der Flüchtling befand sich in einer örtlichen Einrichtung wegen psychischer Probleme in Behandlung. Im Supermarkt hatte er eine Handykarte gekauft. Es gelang ihm nicht, diese zu aktivieren. Das führte zu Diskussionen im Kassensbereich. Mit Hilfe von *Ein Prozent* gelang es sowohl im Vorfeld als auch am Prozesstag, die eigene Deutung zu verbreiten, Menschen einzuschüchtern und eine Atmosphäre der Verunsicherung und Angst im Ort zu schaffen. Die Gruppen *Radebeul.350* und *Dresden 5k* sammelten gemeinsam im April 2017 bei *Pegida* Geld. *Ein Prozent* unterstützte das Geldsammeln für die Angeklagten, fertigte einen Videobeitrag mit ihnen an, druckte Aufkleber mit dem Slogan „Zivilcourage ist kein Verbrechen“ und nutzte mehrere *Pegida*-Demonstrationen zur Mobilisierung und zur Akquise von Spenden.

Philip Stein bezeichnete den anstehenden Prozess als „ein absurdes Schmierentheater, das nur ein Ziel verfolgt: die Repression gegen oppositionelle Kräfte weiter voranzutreiben.“¹⁶ Für ihn war es „Selbstverteidigung“. Stein sieht in dem Prozess eine besondere Bedeutung für den „patriotischen Block und unser Mosaik des Widerstands“. Ohne *Ein Prozent* wären diese aggressive Stimmung gegen die Bürgermeisterin und die Staatsanwaltschaft und die große mediale Aufmerksamkeit nicht denkbar gewesen.

Ein düsteres Bild vom Zustand unserer Gesellschaft und einzelner Regionen oder Orte zu zeichnen, ist zentral: das Eigene, Heimat und Identität sind in Gefahr. Auf dieser Basis lassen sich Schuldige, „die etablierten Parteien“, „die Politik“, „die Zuwanderer“, ausmachen. Dabei schreckt auch niemand vor Lügen zurück. Neben der weiter oben bereits beschriebenen „rapiden Verschlechterung der Lage in Pirna“ spricht beispielsweise *Pro Patria Pirna* vom stetigen Sinken der Einwohnerzahl und von 620 Asylbewerbern in der Stadt. Richtig ist, dass die Einwohnerzahl seit 2010 kontinuierlich steigt¹⁷ und aktuell 398 Asylbewerber, darunter 53 Familien mit 131 Kindern, in der Stadt leben (Stand 02. Januar 2019)¹⁸. Richtigstellungen, Aktualisierungen oder gar positive Aspekte passen nicht ins Bild selbsternannter „Widerständler“. Angst vor Migration, eine Delegitimierung der liberalen pluralistischen Gesellschaft lassen sich mit Fakten und kausalen Zusammenhängen nicht schaffen.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit *Ein Prozent* ist es möglich, außerhalb und im parteipolitischen Spektrum aktiv zu sein, wobei der Wirkungskreis sehr überschaubar bleibt. Gern stellt man sich größer dar als man ist. Selbst bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie Antidrogenprotesten in Dresden oder Gedenken an die Opfer des Terroranschlages in Berlin bleibt mit 20 bis 50 Teilnehmenden der Verein weit hinter den eigenen Zielen zurück. Ganz zu schweigen von Gruppen wie *Radebeul 350*, die seit knapp 2 Jahren nicht mehr öffentlich wahrnehmbar ist. Nach eigenen Angaben gibt es 44 000 Unterstützer*innen. Schon das ist vom erklärten Ziel, 800 000 Menschen – also ein Prozent der deutschen Bevölkerung – weit entfernt. Das wird auch durch einen Vergleich mit Greenpeace und den Vereinsmitgliedern von Bayern München nicht besser.¹⁹ Punktuell gelingt es, Vernetzungen zu schaffen wie beispielsweise die über Sachsen hinaus gehende mit *Zukunft Heimat Cottbus*. Es stärkt sicher das Gefühl der Beteiligten, Teil einer „Bewegung“ zu sein und nicht nur Teil einer aus 5 bis 8 Personen bestehenden Kleingruppe. Außerdem haben die einzelnen Gruppen die Chance, professionell

entwickelte Layouts für Kampagnen, Banner und Internetseiten zu nutzen. Im Fall von spektakulären und medial gut geeigneten Ereignissen wie dem Prozess in Arnsdorf, ist *Ein Prozent* eine nutzbare Mobilisierungs- und Unterstützungsplattform.

Ein besonderes Interesse am Erhalt der Plattform haben die Protagonisten der *Neuen Rechten*. Sie können auf vielfältige Weise über diese kleinen lokalen Gruppen ihre Ideologie in die Fläche tragen. Die Beispiele aus Pirna und Radebeul zeigen, dass über die führenden Personen ein Hineinwirken in die unterschiedlichsten Milieus möglich ist. So gelingt es beispielsweise über mittelständische Unternehmen, evangelische und katholische Christ*innen den Wirkungskreis zu erweitern. Dabei werden die Menschen über berufliche Identitäten wie Hotelier, KFZ-Meister, Anwälte, Polizisten, Veranstalter direkt angesprochen. „Denen helfen, die keine Lobby haben, aber eine verdient haben“, „eine Lobby für Deutschland“ sein, „Widerstand leisten“ gegen die „Katastrophe“ und das alles „seriös“ und „professionell“ – wer will da abseits stehen? Persönliche Ansprache sowie das bewusste Einsetzen sprachlicher Elemente sollen die Akzeptanz neurechter, rassistischer Vorstellungen erhöhen und deren Normalisierung vorantreiben.



Hotel „Schwarzer Adler“, Pirna

- 1 | Vgl. u.a.: Behrens, Kilian (2018): Zielgruppe „Volk“ – Das Compact-Magazin. In: *Der Rechte Rand*, Ausgabe 172, Mai/Juni 2018: S. 26.
- 2 | Online: <https://www.compact-online.de/freiheit-fuer-deutschland/bildergalerie-compact-konferenz-2015/#prettyPhoto>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 3 | Online: <https://www.compact-online.de/compact-konferenz-live-ticker/>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 4 | Im April 2018 reichte die AfD-Fraktion Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Sie vertritt die Position, dass die Regierung durch ihre Entscheidung zur Duldung der Einreise von Flüchtlingen in bestimmten Fällen die Mitwirkungsrechte des Bundestags verletzt habe. Außerdem wollte sie feststellen lassen, dass Asylbewerber unter bestimmten Bedingungen an der deutschen Grenze zurückzuweisen seien. Die Klage wurde am 11. Dezember 2018 vom Bundesverfassungsgericht mit folgender Begründung verworfen: „Die Antragstellerin hat nicht hinreichend dargelegt, dass entsprechende Entscheidungen der Bundesregierung sie in ihren Rechten verletzt oder unmittelbar gefährdet hätten. Ihre Anträge zielten vielmehr auf die Wahrung objektiven Rechts und die Verpflichtung zu einer Handlung – der Zurückweisung von Asylbewerbern an den Grenzen. Beides ist nach stetiger Rechtsprechung im Organstreitverfahren nicht zulässig.“ [Siehe Pressemitteilung Nr. 87/2018 vom 18. Dezember 2018 Beschluss vom 11. Dezember 2018 2 BvE 1/18]
- 5 | Majic, Danijel (2018): Vertreter der „Neuen Rechten“ treten in Marburg auf. Online: <http://www.fr.de/rhein-main/germania-in-marburg-vertreter-der-neuen-rechten-treten-in-marburg-auf-a-1624489>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 6 | Kamann, Matthias/Naumann, Annelie (2018): AfD lädt völkischen Strategen in den Bundestag ein. Online: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article178697524/AfD-laedt-voelkischen-Strategen-in-den-Bundestag-ein.html>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019 und vgl. Artikel: „Der Weg zur Revolte“ in diesem Heft.
- 7 | Laskus, Marcel (2016): Im Hinterland, rechts Außen; bearbeitet am 14.12.2018. Online: <https://www.torial.com/marcel.laskus/portfolio/151627>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 8 | Online: <https://www.einprozent.de/ueber-uns>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 9 | Online: <https://www.einprozent.de/wir-im-widerstand-radebeul-350/>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 10 | Online: <https://www.einprozent.de/wir-im-widerstand-pro-patria-pirna/>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 11 | Michel, Sabine (2017): Montags in Dresden. Solo: film gmbH/MDR/RBB Dokumentation. DVD. 83 Minuten.
- 12 | O.A. (2016): Unternehmer nehmen Anstoß an Regenbogenfahne. Zum Christopher Street Day hing die Flagge vorm Landratsamt. Die Beauftragte für Gleichstellung verteidigt die Aktion. Online: <https://www.saechsische.de/unternehmer-nehmen-anstoess-an-regenbogenfahne-3462786.html>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 13 | Online: <https://www.einprozent.de/das-maas-ist-voll-banneraktionen-in-dresden-und-zwickau/>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 14 | Online: <https://www.einprozent.de/banneraktion-zu-afd-und-pegida-in-radebeul/>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 15 | Redlich, Peter (2016): Rechtes Banner an der Radebeuler Kirche. Online: <https://www.sz-online.de/nachrichten/rechtes-banner-an-radebeuler-kirche-3452080.html>
- 16 | Wegner, Nils (2017): Ein Prozent aktiv: Zivilcourage in Arnsdorf. Online: https://sezession.de/57099?fbclid=IwAR3ytAARV0c1ZE0rAN4p50q5xfCDXaje_ZPEqTSORaaL-6WlbXk-DrF5psi0, gefunden am 18.02.2019
- 17 | Online: https://www.pirna.de/Statistik_Bevoelkerungsentwicklung___4391d4788/, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 18 | Online: https://www.pirna.de/Asyl_Aktuelle_Informationen_zu_Asylobewerbern_in_Pirna_Stand_4941d4431/, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 19 | Online: <https://www.einprozent.de/ueber-uns>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019

- 3 -

„VOM HELFEN UND UNTERSTÜTZEN. SOZIALE KAMPAGNEN VON RECHTS.“

Menschen zu unterstützen, die in Not geraten sind, gilt vielen als ethische Norm und wird in der Gesellschaft im Allgemeinen moralisch hoch bewertet. Die Bereitschaft zu geben und zu helfen ist dann besonders ausgeprägt, wenn Menschen zugestanden wird, unverschuldet, also etwa durch Naturkatastrophen, in eine solche Lage geraten zu sein. Erinnerung sei zum Beispiel an die vielen freiwilligen Helfer*innen, Geld- und Sachspenden an Betroffene der Elbehochwasser in Sachsen in den Jahren 2002 und 2013.

Schwieriger scheint es, wenn es um die Unterstützung von langzeitarbeitslosen, suchtkranken oder wohnungslosen Menschen geht. Ihnen wird häufig vorgehalten, sich nicht an soziale Normen zu halten, labil, undiszipliniert oder zu faul zum Arbeiten zu sein. Die Gewährung von Hilfe, insbesondere staatlicher Unterstützung, ist in solchen Fällen in der Regel an Bedingungen, Stichwort Mitwirkungspflicht bei dem Empfang von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, geknüpft. Auch auf der individuellen Ebene fällt es häufig schwer, sich diesen Personen unvoreingenommen zu nähern. Ausgenommen hiervon ist die Unterstützung von deren Kindern, die ja für ihre Eltern bzw. die Familien, in die sie hinein geboren wurden, nichts können.

Noch schwieriger wird es, wenn die Menschen, die unserer Unterstützung bedürfen, als „Ausländer“ oder „Fremde“ wahrgenommen werden, vermeintlich also gar nicht „hierher“ gehören. Wer ist berechtigt, Hilfe in

Anspruch zu nehmen? Und für wie lange? Menschen, die vor Krieg auf der Flucht sind, gesteht man diese, zumindest vorübergehend, zu; bei sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ ist das sehr fraglich.

Spielen bei an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen soziale Vorurteile und elitärer Habitus eine Rolle, sind es bei zugewanderten Menschen vor allem nationalistische oder rassistische Konzepte, die Ausschluss produzieren und solidarische Ideen in Frage stellen oder gar nicht erst keimen lassen.

Die in den letzten Jahren in den verschiedensten Medien intensiv geführte Debatte über geflüchtete Menschen in unserer Gesellschaft ist auch eine über solidarisches Handeln. Sie wird in allen Bereichen der Gesellschaft geführt, nicht zuletzt auch in autoritären, rechtspopulistischen¹ oder faschistischen Kreisen. Im Folgenden wird an ausgewählten Beispielen² das helfende Agieren dieser Kreise beschrieben.

Die Auseinandersetzung um Unterstützung für Geflüchtete begleitete von Beginn an eine Diskussion darum, dass bedürftige „Deutsche“ außen vor blieben, von Politik und Gesellschaft keine Beachtung fänden. Dass das nicht grundsätzlich falsch ist, wurde bereits angedeutet. Sozial an den gesellschaftlichen Rand gedrängte Menschen spielten in politischen Debatten eine eher untergeordnete Rolle. Vor der Folie der Herausforderungen eines verstärkten Zuzugs von ge-

flüchteten Menschen nach Deutschland, ließ sich dieses Thema jedoch gut instrumentalisieren, um gegen Asylsuchende, die Flüchtlingspolitik oder gegen „Ausländer“ – die Reihe der Themen ließe sich fortsetzen – zu mobilisieren.

Im Sommer 2017 beschloss der ein Jahr zuvor gegründete Verein „THÜGIDA & Wir lieben Sachsen“, dessen Mitglieder sich aus (ehemaligen) NPD-Kadern, Mitgliedern der Partei *Die Rechte* und freien Kräften rekrutieren, künftig seinem Projekt „Ein Volk hilft sich selbst“ größere Aufmerksamkeit zu widmen. Da die öffentliche Agitation auf Marktplätzen gegen geflüchtete Menschen, die Bundeskanzlerin und das etablierte Parteiensystem erfolglos blieb – die *AFD* bedient(e) diese Themen weitaus erfolgreicher –, wollte man sich fürderhin als Kümmerer profilieren.³ Neu ist diese Idee mitnichten: Bereits im Landtagswahlkampf im Jahr 2004 in Sachsen punktete die *NPD* unter anderem mit der Parole „Quittung für Harz IV“ und gerierte sich damit scheinbar als Kümmerer für sozial schwache Menschen. Gemeint waren natürlich nur diejenigen, die in die Konstruktion eines ethnisch homogenen, auf Abstammung beruhenden „Volkskörpers“ passten.

Neu ist hingegen, dass diese Hilfe nun aktiv organisiert und über soziale Medien beworben und popularisiert wurde. Spätestens im September 2016 ging die Facebook-Seite des Projektes an den Start. Das Projekt ist sowohl in Thüringen als auch in mehreren Regionen bundesweit aktiv; so auch in Sachsen, vor allem in Döbeln, Roßwein und in Zwickau. Dabei stützten sich die Initiatoren des Projektes auf örtliche Akteure. Ein Post vom 8. November 2016 verkündete: „Auch in Roßwein wird mit angepackt.“ Ersichtlich wurde auch, wer in Roßwein mit anpackt: das asylfeindliche Bündnis „Roßwein wehrt sich“⁴, das von örtlichen Neonazis und regionalen *JN*-Aktivisten getragen bzw. unterstützt wurde.⁵ Ein Post vom 22. Oktober 2018 belegt

die Kontinuität der Zusammenarbeit mit Akteuren aus dem Ort, auch wenn sich die Wege von „Roßwein wehrt sich“ und dem Projekt „Ein Volk hilft sich selbst“ im Jahr 2017 trennten. Mitstreitern aus Roßwein wurde für deren Aktivität ausdrücklich gedankt.⁶

Das Projekt bewirbt die Unterstützung bedürftiger „Deutscher“.⁷ Im besonderen Fokus stehen Kinder bzw. Familien und arme Menschen, an die zum Teil Spenden direkt übermittelt werden. Daneben finden öffentlich Verteilaktionen statt und mindestens in den Posts wird das Schicksal wohnungsloser Menschen thematisiert. Inwieweit diese tatsächlich mit Sach- und/oder Geldspenden bedacht werden, kann nicht verifiziert werden. Die Posts, die Unterstützung für wohnungslose Menschen thematisierten, sind häufig geteilte Beiträge. Das betrifft ebenso die Unterstützung von Tierheimen bzw. kleinen, auf ehrenamtlicher Basis geführten Tierparks durch Dritte, die beworben oder dokumentiert wurde.

Einer der wesentlichen Protagonisten ist Alexander Kurth – Ex-*NPD*-Mitglied, früherer Landesvorsitzender Sachsen der Splitterpartei *Die Rechte*. Auf der Facebook-Seite von „Ein Volk hilft sich selbst“ wurde dann auch schon mal ein „Sei gegrüsst Alex“ gepostet.⁸ Hinter diesen Aktivitäten stehen organisierte Kader aus der parteigebundenen und freien faschistischen Szene und deren Umfeld. Die Akteure bleiben wohl auch auf diesen Kreis beschränkt. Der Facebook-Auftritt vermittelt nicht den Eindruck, dass es gelänge, mit diesen Aktivitäten Anknüpfungspunkte in breiteren Bevölkerungskreisen zu finden. Wenngleich es mehr Resonanz zu geben scheint als mit den früheren Versuchen, Demonstrationen oder Kundgebungen zu organisieren.

In der Region Döbeln trat ein zweiter Akteur auf, der ähnlich agiert und dessen Aktivitäten auf der Facebook-Seite „Ein Volk hilft sich selbst“ geteilt werden:



Stadtverwaltung Döbeln

die Kampagne „Jugend packt an!“⁹. Im November 2017 wurden das erste Mal auf der Homepage und der Facebook-Seite der Kampagne Aktivitäten gepostet. Obwohl die erste Nachricht jeweils aus Hessen stammte, fanden die meisten Aktivitäten in Mittelsachsen, hier insbesondere in Döbeln, aber auch Leisnig, Ostrau und Waldheim statt.¹⁰ Der Header der Homepage und das Titelbild der Facebook-Seite sind gleich.¹¹ Es zeigt Stefan Trautmann, *NPD*-Stadtrat in Döbeln und -Kreisrat im Landkreis Mittelsachsen. Gleichzeitig war Trautmann aktiv bei den *Jungen Nationalisten*. In Mittelsachsen verfügt die *JN* über einen der letzten noch aktiven Stützpunkte in Sachsen. Das Impressum auf der Homepage führt denn auch direkt zur *JN*.¹² Die Aktivitäten der Kampagne umfassen Aufräum- und Säuberungsaktionen, Spenden an Tierheime, Kinderfeste. Noch präsenter und offensiver als bei dem oben genannten Projekt macht die Kampagne deutlich, dass es um Hilfe für „Deutsche“ geht. Im Zusammenhang

mit einer Aktion im Advent für Döbeln heißt es unter anderem: „... - für Landsleute natürlich alles kostenfrei“. Es ginge darum, „das¹³ wir als Deutsche zusammenhalten, so wie wir das schon immer getan haben als #Volksgemeinschaft ... Dort wo der Staat nicht hilft, ist die unentgeltliche Solidarität der eigenen Leute das letzte Mittel ...“¹⁴. An anderen Stellen ist dann auch von handfester Solidarität oder solidarischem Widerstand gegen ein asoziales System die Rede.¹⁵

Auch wenn der Auftritt der Kampagne in den sozialen Medien inhaltlich wie auch ästhetisch verdeutlicht, wer hinter den Aktionen steht, scheint es für Empfänger der Spenden nicht immer einfach zu durchschauen, mit wem mensch es zu tun hat. Die „Döbelner Allgemeine Zeitung“ berichtete im Januar 2018, dass sich die Chefin des Leisniger Tierheims hintergangen gefühlt habe. Eine Nachfrage, ob mit der Spende irgendwelche politischen Ziele verknüpft seien, hatte der Spender

verneint. Auf der Facebook-Seite der Kampagne wurde jedoch ein Foto mit Stefan Trautmann bei der Spendenübergabe veröffentlicht. Davon distanzieren sich die Betreiber des Tierheims.¹⁶

Offenbar verfährt das Motto der Kampagne. „Jugend packt an“ macht weder parteipolitische noch ideologische Momente vordergründig deutlich. Im Gegenteil, hier wird Tatkraft von jungen Menschen suggeriert, denen ansonsten auch gerne unterstellt wird, sich nur für soziale Medien zu interessieren und sich nicht zu engagieren. Das gefällt durchaus. Kritische Stimmen aus der Region beschreiben, wie schwierig es ist, die kommunale Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass hinter dieser Kampagne rassistische und rechtspopulistische Motive stehen, jedoch keine soziale Arbeit oder solidarische Idee, wie die Aussagen in den sozialen Medien zu suggerieren versuchen.¹⁷

Das Thema, bedürftige Menschen zu unterstützen, spielt auch in Freiberg eine Rolle. Rico Martinez hatte im Jahr 2017 die Idee, für einsame und bedürftige Menschen ein Weihnachtessen zu organisieren. Die Resonanz, die der für das Jahr 2012 als verdienstvoller Freiburger geehrt¹⁸ und damit in der Stadt durchaus bekannte Martinez daraufhin erfuhr, war überwältigend. Die Presse berichtete, andere Vereine und viele Bürger*innen unterstützen das Projekt. Allerdings trat Rico Martinez vor der Presse mit einem Sweatshirt von *Thor Steinar* auf.¹⁹ Diese Modemarke operiert in der Gestaltung der Kleidungsstücke mit Anspielungen auf den deutschen Faschismus, die germanische Mythologie, die völkische Bewegung und Kolonialismus.²⁰ Am gleichen Tag, an dem der Artikel erschien, berichtete Rico Martinez auf seiner Facebook-Seite „Mein Freiberg“ über eine Spende eines Mitgliedes von *Soldiers of Odin*, Germany, Division Sachsen. Die Person, R. M., die die Spende übermittelte, wird von Martinez mit einem Spitznamen bezeichnet, dürfte also ein guter Be-

kannter, wenn nicht Freund sein. *Soldiers of Odin* ist im Jahr 2015 in Finnland als asylfeindliche Organisation gegründet worden und hat inzwischen Ableger in mehreren europäischen und nordamerikanischen Ländern. Es gibt zumindest Überschneidungen zu rassistischen und neonazistischen Gruppierungen, auch wenn es nach Selbstdarstellung um Nachbarschaftshilfe geht.²¹ Auch im konkreten Fall lässt sich R. M. aufgrund seiner Selbstdarstellung auf Facebook bis in die jüngste Vergangenheit dem neonazistischen Spektrum zuordnen. Eine Nähe von Rico Martinez zu rassistischen und rechtsextremen Kreisen kann anhand dieser Indizien vermutet werden. Die Einträge auf Facebook sowohl auf der Seite von „Freiberg zeigt Herz“ als auch auf der privaten Seite von Rico Martinez, die ihn als Träger eines *Thor-Steinar*-Sweatshirts zeigten, als auch die Spende von R. M. als Vertreter von *Soldiers of Odin* wurden gelöscht. Das könnte als Distanzierung gewertet werden. Jedoch wirkt R. M. in dem Verein „Freiberg zeigt Herz“ aktiv mit. Auch die zeitliche Übereinstimmung des Beginns der Aktivitäten von Martinez mit denen von „Jugend packt an“ könnte darauf hindeuten, dass hier einer Strategie der extremen Rechten gefolgt wird. „Freiberg zeigt Herz“ ist jedoch anders als die bisher beschriebenen Beispiele in Freiberg stark verankert. Viele Menschen, Vereine und Unternehmen unterstützen das Projekt. Eine rassistische oder völkische Motivation ist zumindest bisher nicht erkennbar. Akteure aus dem neonazistischen Spektrum und dessen Umfeld treten nicht (mehr) vordergründig bzw. als solche gleich erkennbar in Erscheinung. Der Bekanntheitsgrad von Martinez in Freiberg als mehrfacher Deutscher Meister im Kraftsport dürfte der Wirksamkeit des Projekts zugutegekommen sein. Möglicherweise wirkt die breite Verankerung einem rassistischen Ausschluss entgegen. Es drängt sich dennoch die Frage auf, wem Menschen, denen eine solidarische Gesellschaft wichtig ist, folgen und welche Impulse im kommunalen Diskurs gesetzt werden.

Was zeichnet jedoch solidarisches Verhalten im Unterschied zu insbesondere den beiden zuerst hier beschriebenen Beispielen aus? Es gibt eine Reihe von Aspekten, die das voraussetzungsvolle Konzept von Solidarität beschreiben: die Abgrenzung von egoistischen Handlungsstrategien; der Zusammenschluss derjenigen, die Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen unterliegen; das Verständnis, dass Interessen mit der gerechten Gestaltung der sozialen Verhältnisse für alle verknüpft sind; das Prinzip der Freiwilligkeit und dass es keine abschließende Idee einer richtigen Gesellschaftsgestaltung geben kann, sondern es gilt das universale Recht, anders zu sein. Das bedeutet, solidarisches Handeln beinhaltet ein utopisches Moment, nämlich die Vorstellung, dass es „zur Entstehung einer Gesellschaft [beitragen kann], in der soziale Beziehungen nicht auf Konkurrenz und Ungleichheit, sondern auf Kooperation und gegenseitiger Hilfe unter Gleichrangigen und Gleichberechtigten basieren, die sich in ihrer Verschiedenheit respektieren.“²²



Tanzhaus Döbeln

- 1 | Vgl. zum Begriff des (Rechts) Populismus Karin Priester, *Wesensmerkmale des Populismus*, in: *aus Politik und Zeitgeschichte 2012*; online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all> zuletzt eingesehen 31.01.2019
- 2 | Die Beispiele sind vor allem aus den Landkreisen Leipzig, Nord- und Mittelsachsen.
- 3 | Vgl. Horst Freieters, *Strategiewechsel bei „Thügida“*, in: *blick nach rechts*, bnr.de, 28.08.2017, zuletzt eingesehen 11.01.2019
- 4 | Online: <https://www.facebook.com/einvolkhilltsichselbst/>, zuletzt eingesehen am 30.01.2019
- 5 | Detailliert dargestellt sind die engen Verbindungen in: *Thügida & „Roßwein wehrt sich“*, in: *blickpunkt.rechts | 2017, Döbeln 2018*: S. 14-20. online verfügbar unter: <https://treibhaus-doebeln.de/wp-content/uploads/2019/01/Blickpunkt.Rechts-2017.pdf>, zuletzt eingesehen am 30.01.2019
- 6 | Online: <https://www.facebook.com/einvolkhilltsichselbst/>, zuletzt eingesehen am 30.01.2019
- 7 | Post vom 30. September 2016: „Dieses Spendenprojekt ist ausschließlich für bedürftige Deutsche. Wer sich in ähnlicher Form um sogenannte Flüchtlinge kümmern will, kann dies gerne machen, dies ist aber nicht unsere Aufgabe.“ Ebd.
- 8 | Ebd.
- 9 | Eine ausführlichere Darstellung zu der Kampagne „Jugend packt an“ ist nachzulesen in: o.A. (2018): *Junge Nationalisten – Aktivitäten der JN Mittel sachsen 2018*, in: *blickpunkt.rechts | 2018*, S. 12-19.
- 10 | Zuletzt wurden für Sachsen auch Dresden und Görlitz genannt, auch Borna wird einmal erwähnt. Außerhalb von Sachsen wurden Aktivitäten aus Rheinland Pfalz (Speyer, Ludwigshafen, Pirmasens), Hessen (Raum Frankfurt/Main und Wetzlar) und zuletzt auch Mecklenburg-Vorpommern (Wismar) gemeldet.
- 11 | Online: <https://www.facebook.com/jugendpacktan/>; <https://jugend-packt-an.de/page/8/>, zuletzt eingesehen am 31.01.2019.
- 12 | Online: <https://junge-nationalisten.de/impressum/> [Verknüpfung der Impressi von „jugend-packt-an“ und „junge-nationalisten“], zuletzt am 31.01.2019 überprüft.
- 13 | Schreibweise im Original
- 14 | Post vom 12. Dezember 2018 auf Facebook-Seite von „Jugend packt an“, zuletzt eingesehen am 31.01.2019
- 15 | Ebenda, Post vom 17.12.2018, zuletzt eingesehen am 31.01.2019
- 16 | *Döbelner Allgemeiner Anzeiger vom 12.01.2018*: S. 13.
- 17 | *Dies erfuhr das Kulturbüro Sachsen e.V. bei Gesprächen in der Region.*
- 18 | Online: http://www.freiberg.de/freiberg/content.nsf/docname/Webseite_5A8AF0950E78AEADC1257AE00046425E?OpenDocument, zuletzt eingesehen 31.01.2019
- 19 | *Freie Presse vom 2.12.2017.*
- 20 | Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Modemarke bietet *ReInvestigate THOR STEINAR*, hg. v. BIKuLAR e.V., Berlin o.J. [2018]; online verfügbar unter: <http://investigatethorsteinar.blogspot.de/images/reinvestigats20171801.pdf>, zuletzt eingesehen am 18.02.2019
- 21 | *Freie Presse vom 2.12.2017.*
- 22 | gl. Scherr, Albert (2013): *Solidarität im postmodernen Kapitalismus*, in Billmann, Lucy/Held, Josef (Hg.), *Solidarität in der Krise*, Wiesbaden: Springer. S. 263 – 270, hier S. 263 – 266, Zitat S. 266.

- 4 -

NATIONALISTISCHE SOZIALARBEIT IST WEDER SOZIAL NOCH SOZIALE ARBEIT

EIN KOMMENTAR VON MICHAEL RICHTER, GESCHÄFTSFÜHRER, DER PARITÄTISCHE SACHSEN

Communities und Subkulturen entwickeln seit jeher eigene Strukturen in allen möglichen Feldern des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es gibt unzählige Geschäfte und Online-Shops, die entsprechende Spezialinteressen bedienen, Handelsverbindungen bestimmter Volksgruppen u.v.a.m. Das ist normal, wird höchstens dann regelmäßig zum Problem, wenn es anhaltend an Transparenz mangelt. Vor einigen Jahren kamen beispielsweise Schulen in den öffentlichen Fokus, die von Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund initiiert worden waren. Diese sind vielerorts Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Ebenso wie Bürgerinitiativen, freikirchliche Sozialwerke, Selbsthilfvereine oder queere Netzwerke. Gemeinsam organisieren sie sich in unserem Verbund und stellen sich damit dem fachlichen Austausch und der wechselseitigen Offenheit.

In Sachsen sind Initiativen bekannt geworden, in denen sich ausdrücklich nur Deutsche für Deutsche engagieren wollen. Beispiele sind der „*Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen e.V.*“, „Jugend packt an“ in Mittelsachsen, oder die Vereine *Haamtleit e.V.* und *Freigeist e.V.* im Erzgebirge. Diese Vereine sprechen genau wie die o.g. Beispiele aus der Mitgliedschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nur eine bestimmte Zielgruppe an oder setzen sich aus einer bestimmten Interessengruppe zusammen. Und doch unterscheiden sie sich fundamental.

Es existieren verschiedene Definitionsebenen, was unter Sozialer Arbeit zu verstehen ist. So verfolgt Soziale Arbeit grundsätzlich das Ziel, praktische soziale Probleme zu lösen oder zu vermeiden. Soziale Probleme sind Ergebnis von Ungleichheiten zwischen Menschen, die wiederum durch Benachteiligung, Diskriminierung, schwerer Krankheit usw. entstehen können.

Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband können laut Satzung nur „gemeinnützige und mildtätige soziale Organisationen ... ohne parteipolitische oder konfessionelle Bindungen“ werden, um „soziale Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft und der einzelnen Menschen zu leisten“.

Gemäß dieser Definitionen sind natürlich auch (und im Übrigen in Sachsen quantitativ stark überwiegend) Deutsche die Zielgruppe Sozialer Arbeit. Aber eben nicht aufgrund ihres Deutschseins, sondern aufgrund oben genannter Benachteiligungen, denn als Deutscher werde ich in Deutschland definitiv nicht aufgrund meiner Nationalität benachteiligt.

Des Weiteren sind soziale Organisationen nur dann gemeinnützig und mildtätig, wenn „ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern“ (§52 Abs. 1 Abgabenordnung).

Vereine, die sich zur Aufgabe machen, dass Deutsche nur Deutschen helfen, dienen nicht dem Wohle der Gemeinschaft, sie fördern nicht selbstlos die Allgemeinheit. Solche Vereine sind somit nicht sozial, sondern spalten im Gegenteil die Gemeinschaft, sie schüren Fremdenhass und verschärfen Probleme, statt sie zu lösen.

-5-

DIE DUNKLE SEITE DER ZIVILGESELLSCHAFT. DAS WIRKEN VON FREIGEIST E.V.¹ IM ERZGEBIRGE.

Rechte Vereinsgründungen nehmen zu. So auch in Südwestsachsen und speziell im Erzgebirge. Die Vereinsdichte ist hier insgesamt recht hoch. Und damit auch die Zahl von Vereinen mit genuin rechter Ausrichtung oder jenen, die von rechten Akteur*innen getragen werden. Im Folgenden möchten wir jedoch konkret den Verein „Freigeist e.V.“ mit Sitz in Schwarzenberg betrachten und exemplarisch dessen Strategien zur Beeinflussung des Gemeinwesens darstellen.

WER ODER WAS IST FREIGEIST E.V.?

Den Schwarzenberger *Freigeist e.V.* zu betrachten, ohne dabei auch die Ereignisse in Schneeberg Ende 2013 mitzudenken, ergäbe ein sehr unvollständiges Bild. Denn bereits ein Jahr bevor *Pegida* in Erscheinung trat, gingen in Schneeberg zu Höchstzeiten 1800 Menschen gegen die Unterbringung von Geflüchteten auf die Straße. Die damaligen Strategien und Mobilisierungserfolge läuteten nicht nur in Sachsen eine neue Welle rassistischer Mobilisierungen ein. Denn abgesehen von Berlin-Hellersdorf war „Schneeberg wehrt sich“ – besonders in Relation zur Größe des Orts – seit den 90er-Jahren die erste Reihe von Demonstrationen, bei denen „normale Bürger*innen“ und Neonazis gemeinsam auf die Straße gingen. Die damaligen Strategien vom „bürgerlichen Auftreten“ über die Schaffung eines widerspruchsfreien Resonanzrau-

mes auf Facebook, gepaart mit Demonstrationen und Kundgebungen sind nur einige Beispiele, die bis heute tragen und eine Art Blaupause für eine Vielzahl vergleichbarer Initiativen bis hin zu *Pegida* darstellten. Strategien, derer sich *Freigeist e.V.* weiterhin bedient. Nachdem das Mobilisierungspotential der „Lichtelläufe“ in Schneeberg Anfang 2014 sichtbar sank, bedurfte es eines neuen Konzepts oder zumindest eines neuen Labels. Und so wurde 2015 verstärkt unter dem Dach der sogenannten „Freigeist Bewegung“ zu Demonstrationen im Erzgebirge aufgerufen. Ähnlich wie *Erzgida*, ist der daraufhin im März 2016 gegründete *Freigeist e.V.* ein direkter Nachfolger von „Schneeberg wehrt sich“.

Wer aber steht konkret hinter dem Verein und was ist dessen ausgewiesenes Ziel?

Erster Vorsitzender des Vereins ist der 1989 geborene Bad Schlemaer *NPD* Kreis- und Gemeinderat Stefan Hartung. Dieser trat 2006 erstmals in der regionalen Neonazi-Szene öffentlich in Erscheinung und sitzt seit 2014 für die *NPD* im Kreisrat des Erzgebirgskreises und seit 2009 im Gemeinderat der 5000 Einwohner-Gemeinde Bad Schlema.² Zweiter Vorsitzender ist Jens Döbel, der 2015 Bekanntheit erlangte, als er mit einem selbstgebauten Galgen bei *Pegida* mitmarschierte. An diesem Galgen hängend: ein Schild mit der Aufschrift „Reserviert für Siegmara ‚das Pack‘ Gabriel“ [sic!] sowie „Reserviert für Angela ‚Mutti‘ Merkel“.

Personen aus dem Umfeld des Vereins waren in rassistisch motivierten Anti-Asylinitiativen wie z.B. „Beierfeld sagt Nein zum Heim“ aktiv und wurden sogar in den Asylbeirat von Grünhain-Beierfeld gewählt.³ Gerade Letzteres ist mit Blick auf die durch *Freigeist e.V.* vertretenen rassistischen Positionen extrem problematisch. Zum Umfeld des Vereins bzw. den Redner*innen auf ihren Veranstaltungen gehören sogenannte Reichsbürger, *AfD*-nahe Politiker*innen, *NPD* Politiker*innen und deren Mitarbeiter*innen.

Zweck des in Schwarzenberg ansässigen Vereins ist laut dessen Homepage „[...] die Wahrung der politischen und sozialen Interessen der Bevölkerung im Erzgebirge sowie ihrer kulturellen Identität, die Entwicklung basisdemokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen und eine gemeinschaftliche Mitwirkung in Form von freigeistiger und undogmatischer Willensbildung“.

Wer zu dieser Bevölkerung gehört, wird nicht näher ausgeführt, aber es ist die Rede davon, dass „[d]ie Deutschen im eigenen Land das Recht [hätten], die Zahl der Zuwanderer festzulegen“⁵, was ein eher völkisches Verständnis von ‚Bevölkerung‘ nahelegt. Gleichzeitig wird sich für Volksentscheide nach Schweizer Vorbild und eine „zivilisierte[...] und natürliche Gesellschaft“ ausgesprochen, in der kein Platz für gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Gender Mainstreaming sei, da diese „[...] in unserer natürlichen Lebenswirklichkeit nicht statt[finden]“⁶. Der Ruf nach „Volksentscheiden“ entspricht einer rechtspopulistischen Strategie, sich so darzustellen, als wolle man demokratische Rechte ausbauen. Dahinter steht jedoch einzig das Ziel, Minderheitenrechte zu untergraben. Bereits in dieser kurzen Vorstellung werden die durch den Verein vertretenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen deutlich.

HANDLUNGSFELDER UND STRATEGIEN

Entsprechend der Entstehungsgeschichte des Vereins mit den rassistischen Demonstrationen von „Schneeberg wehrt sich“, sind die Organisation und Teilnahme an Demonstrationen ein wichtiges Handlungsfeld des Vereins.

Neben selbst organisierten Demonstrationen waren Vereinsmitglieder auch auf anderen Demonstrationen anwesend. So nahmen einzelne *Freigeist e.V.*- Mitglieder an den Aufmärschen und Kundgebungen in Chemnitz im August 2018 teil. Hartung hielt Reden, so auch auf dem Aufmarsch „Deutsch und stolz drauf!“, der am 18.08.2018 in Chemnitz stattfand und damit 10 Tage vor den rassistischen Ausschreitungen in der Stadt. Neben der Wirkung nach Innen – Erleben von Gemeinschaft und dem Gefühl, praktisch etwas zu tun, statt nur zu reden – transportieren die Demonstrationen rassistische Positionen in die Öffentlichkeit. Sie tragen damit zu einer Änderung des gesellschaftlichen Klimas im jeweiligen Gemeinwesen bei. Es handelt sich darüber hinaus auch immer um eine Aneignung des öffentlichen Raumes, die zeigen soll, wem die Stadt vermeintlich gehört. Zudem bieten Demonstrationen Gelegenheit zur Vernetzung mit anderen Gruppen und der Gewinnung neuer Mitglieder. Der Vernetzungsaspekt spielt auch bei Veranstaltungen wie zum Beispiel diversen Vortragsabenden oder dem „Freigeistigen Sommerabend“, dem Sommerfest des Vereins, eine große Rolle. Bei dieser Veranstaltung, die zuletzt am 30. Juni 2018 in Schwarzenberg stattfand, waren neben dem bekannten, neonazistischen Liedermacher Frank Rennie auch Redner*innen der *AfD*, der *NPD* (Mario Löffler) und auch des Frauenbündnisses aus Kandel⁸ eingeladen. Auf dem Event, dem ansonsten mit lokaler Musik („Der Hauer“), Bratwurstständen und Hüpfburgen ein gezielt bürgerlicher Anstrich gegeben

wurde, waren dann auch Mitglieder der *Heimattreuen Niederdorf e.V.* anwesend. Eine Gruppe, zu der gute persönliche Beziehungen bestehen, nicht nur durch die Freundschaft der Vereinsvorsitzenden Hartung und Witte⁹. Die Vernetzung auf lokaler und überregionaler Ebene ist ein besonderes Anliegen Hartungs, das dieser schon bei einer Rede auf einer von *Freigeist e.V.* angemeldeten Demonstration am 10.10.2015 verdeutlichte:

*„Wir – alle – Beteiligten, Parteien, Gruppen – müssen den Bürgerprotest über unsere persönlichen Differenzen und die wenigen Prozent Unterschiedlichkeit stellen. Alle derzeit aktiven Protestplattformen haben mindestens 90% inhaltliche Schnittmengen und müssen, um endlich – im Sinne von Ergebnissen – erfolgreich zu sein, überregional das gemeinsame Ziel, nämlich einen neuen Volksaufstand fokussieren. [Applaus] [...] Wir Deutsche müssen uns zusammenraufen und gemeinsam mit einer Sprache sprechen. Wir dürfen uns nicht länger in Pegida, NPD, AfD und so weiter zersplittern lassen. Alle, ausnahmslos alle [unverständlich], heimatliebenden Deutschen müssen sich zu einem neuen Volksaufstand vereinigen“.*¹⁰

Die Basis dieser Vernetzung ist nicht zuletzt bereits in der Doppelrolle Hartungs als Vereinsvorsitzender und *NPD*-Politiker angelegt. So hat Hartung durch seine Mitgliedschaft im Kreistag Zugang zu bestimmten Informationen und kennt parlamentarische Abläufe sowie Instrumente. Als die Oberbürgermeisterin der Stadt Schwarzenberg Heidrun Hiemer 2017 während einer Demonstration von *Freigeist e.V.* die Beleuchtung des repräsentativen Schwarzenberger Schlosses ausschaltete, reichte Hartung Dienstaufsichtsbeschwerde gegen sie ein. Dies führte zu einer Rüge der Oberbürgermeisterin durch den Landrat, welche später von der Landesdirektion Sachsen bestätigt wurde.¹¹ Als sich die Bürgermeister des Städtebundes Silberberg

mit Hiemer solidarisierten, drohte Hartung mit einer weiteren Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Auer Oberbürgermeister Heinrich Kohl.¹² In beiden Fällen hätten die Politiker*innen gegen das sogenannte „Neutralitätsgebot“¹³ ihres Amtes verstoßen, so Hartung. Auch in seinem Wohnort Bad Schlema, wo Hartung Gemeinderat ist, wendete er dieses Mittel bereits gegen den Bürgermeister an¹⁴.

Hartungs Doppelrolle erweitert zudem auch die Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit. So werden viele Beiträge und Anliegen Hartungs, sowohl auf der regionalen *NPD*-Website, seiner privaten Web- und Facebookseite, als auch der Web- und Facebookseite von *Freigeist e.V.* veröffentlicht. Insbesondere auf der Seite der *NPD Erzgebirge* ist kaum auseinanderzuhalten, ob es sich jeweils um eine Aktion der *NPD* oder von *Freigeist e.V.* handelt. Entsprechend wurden auch oben genannte Dienstaufsichtsbeschwerden in Veröffentlichungen als „Vereinsvorsitzender“ und ein anderes Mal als „Gemeinderat *NPD*“ unterzeichnet. Gleichzeitig betonte Hartung seit Entstehen der „Freigeist Bewegung“ und zuvor bei „Schneeberg wehrt sich“, dass er alle Aktionen in diesem Kontext als Privatperson durchführe. Von einer Trennung von privatem Engagement und politischer Tätigkeit kann hier aber kaum die Rede sein. Die Dienstaufsichtsbeschwerden, die zugehörige Öffentlichkeitsarbeit sowie der Hang zu klagen dienen dazu, die Entscheidungsträger*innen im Erzgebirge unter Druck zu setzen. Dass sich die Aktivitäten nicht auf einen Ort beschränken, sondern sich auf mehrere Städte im Landkreis wie Aue, Schneeberg, Bad Schlema und Schwarzenberg erstrecken, soll für Verunsicherung möglichst vieler demokratischer Kräfte in den regionalen Parlamenten, aber letztlich auch der Zivilgesellschaft sorgen.

In diesem Zusammenhang muss auch die Anwendung von Wortergreifungsstrategien verstanden werden.

Mitglieder des Vereins und dem Verein nahestehende Personen wohnen regelmäßig öffentlichen Veranstaltungen in der Region und Stadtratssitzungen in Bad Schlema und Schwarzenberg bei. Sie beteiligen sich an den Bürgerfragestunden. Sie nutzen ein verbürgtes demokratisches Recht für alle Bürger*innen. Ihr Anliegen ist es erstens, ihren politischen Willen und ihre Meinung dem Stadtrat gegenüber als Ausdruck eines vermeintlichen „Volkswillen“ zu vermitteln, der nicht der Realität, wohl aber der rassistischen und antidemokratischen Ideologie des Vereins entspricht. Zweitens kann es nur als Versuch der Diskursverschiebung nach rechts und des Agenda-Settings verstanden werden, wenn mehrere Personen bei derselben Fragestunde inhaltlich und im Tenor gleichgelagerte Fragen stellen. Drittens kann diese Strategie nicht getrennt von dem zuvor beschriebenen Versuch verstanden werden, Druck aufzubauen. Denn wenn eine Gruppe Fragen stellt, die dafür bekannt ist, viel Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, parlamentarische Sanktionsmittel einzusetzen und teilweise erfolgreich zu klagen, dann erhöht dies deren Wahrnehmung und gleichzeitig die Vorsicht und Unsicherheit, die durch ihre Anwesenheit und Fragen bei den Kommunalabgeordneten erzeugt wird.

Die angesprochene Öffentlichkeitsarbeit wird vor allem über Facebook betrieben, was, ähnlich wie bei „Schneeberg wehrt sich“, neben Demonstrationen den wichtigsten Agitationsraum darstellt. In dieser widerspruchsfreien Filterblase bestärken sich Menschen mit ähnlichen Meinungen gegenseitig in ihrem Denken. Der Verein nutzt Facebook vor allem zur Agitation und Hetze gegen Andersdenkende¹⁵, zur Mobilisierung zu Demonstrationen und Veranstaltungen, zur Vernetzung mit anderen Gruppen sowie zum eigenen Informationsgewinn. Nicht zuletzt werden auch eigene Inhalte publiziert, wie z.B. eigens aufgenommene Videos zu mutmaßlichen Straftaten von POC¹⁶. Darüber

hinaus wird die Plattform genutzt, um die eigene Aktivität und Selbstwirksamkeit zu unterstreichen, indem zum Beispiel die Vorgänge rund um die oben erwähnten Dienstaufsichtsbeschwerden veröffentlicht und kommentiert werden. Ebenso dienen diese Social Media-Beiträge oft der Provokation. Das ist eine Strategie des Vereins, mit der Aufsehen erregt und der Fokus auf sich gelenkt werden soll. Neben Schmähschriften gegenüber Politiker*innen wurde beispielsweise im Sommer 2018 ein Bild des Fußballbundestrainers Löw gepostet, auf dem dieser vermeintlich den Arm zum Hitlergruß hebt.¹⁷ Dass Provokation auch Offline gesucht wird, zeigen diverse Gerichtsverfahren in diesem Jahr, bei denen *Freigeist e.V.*-Vorstand Hartung angeklagt war, weil er Personen gegen deren Willen auf einer Veranstaltung gefilmt und das Material veröffentlicht hatte.¹⁸ Zudem machte der Verein in den letzten Jahren mit Plakataktionen in Bad Schlema auf sich aufmerksam. So fanden sich 2016 an verschiedenen Stellen des Ortes Banner mit Aufschriften wie „Lieber Kurbad als Islamabad“, „Tradition statt Invasion“, „Merkel abschieben sofort“ und „Burka für Merkel“, die über Nacht aufgehängt und vom Bürgermeister des Ortes ebenso schnell wieder entfernt wurden.

Zu weiteren Strategien und Aktionen des Vereins gehören das Propagieren der Notwendigkeit von sogenannten Schutzzonen und ihre kommunalpolitischen Ambitionen.

Im Sommer 2018 startete die *NPD* die Aktion: „Schafft Schutzzonen“, in der sie Schutz für Deutsche fordert. In einem Interview der *NPD*-Zeitung „Die Deutsche Stimme“ mit Stefan Hartung spricht dieser sich für „den eigenständigen Schutz“ einer Kommune durch deren Bürger*innen aus¹⁹. So kann es kaum verwundern, dass der Verein im Oktober 2018 eine Demonstration mit dem Titel „Schutzzone Erzgebirge –Sicherheit auch für Deutsche“ aufrief und sich Vereinsmitglie-



Tiefdruckgebiet in der Nähe von Schneeberg

der später an „Bürgerstreifen“ beteiligten. Mit diesen „Bürgerstreifen“ soll zum einen das schwindende subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aufgegriffen werden, gleichzeitig geriert man sich als „Kümmerer“ und „Anpacker“. Zudem sind solche Aktionen geeignet, Andersdenkende und „Andersaussehende“ einzuschüchtern. Bei den „Schutzonen und Bürgerstreifen“ handelt es sich um eine genuin rechte Strategie, die nicht von *Freigeist e.V.* erfunden wurde. Ob sich diese Bürgerstreifen in der Region etablieren, ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels nicht ersichtlich. Jedoch ist seit dem flächendeckenden Entstehen von „Nein-zum-Heim“-Initiativen in den Jahren 2014/15 auch eine Zunahme bürgerwehrläufiger Zusammenschlüsse zu erkennen.²⁰ Deutlich absehbar dagegen sind die kommunalpolitischen Ambitionen des Vereinsvorsitzenden Hartung.

Auf der von *Freigeist e.V.* angemeldeten Demonstration am 20.10.2018 in Schwarzenberg verkündete Hartung die Gründung eines Wahlbündnisses. Unter dem Titel „Freigeist – wir sind die Guten“ will er zu den sächsischen Kommunalwahlen 2019 antreten und in Stadtrat und Kreistag einziehen. Es zeigt sich deutlich, dass Vereine wie *Freigeist e.V.* und deren Umfeld als Mobilisierungsplattform für rechte Politik genutzt werden sollen, ganz gleich wie sehr „Privatperson“ der Vorsitzende zu Beginn noch gewesen sein mag. Sie normalisieren rechte und neonazistische Inhalte sowie die Personen, die sie vertreten. Gleichzeitig soll das Gefühl vermittelt werden, es handele sich um „normale Leute“ und „normale Positionen“, die ruhigen Gewissens gewählt werden können. Damit gewinnt das regionale rechte Parteienspektrum einen weiteren theoretisch wählbaren Player hinzu. Spätestens hier wird deutlich, dass der diskursive Rechtsruck, der von Vereinen wie *Freigeist e.V.* vorangetrieben wird, sich schließlich auch wieder im parlamentarisch-politischen Spektrum niederschlagen kann.

UND SONST SO? ODER: WAS DAS GEMEINWESEN IN DER REGION NOCH BEEINFLUSST.

Freigeist e.V., dessen Agieren für diesen Artikel exemplarisch für rechte Vereinsstrukturen gewählt wurde, ist in der Region nicht der einzige Verein seiner Art. Bereits erwähnt wurden die *Heimattreuen* aus dem benachbarten Niederdorf, die im Kern auf soziokulturelle Veranstaltungen setzen und in weiten Teilen das kulturelle Angebot des Ortes dominieren, sich jedoch gleichermaßen als politischen wie kulturell agierenden Verein betrachten.²¹ Darüber hinaus gibt es Gruppen, die auf den ersten Blick unverdächtig erscheinen, bei genauerem Hinsehen jedoch fast ausschließlich von Neonazis und Anhängern der *Identitären Bewegung* getragen werden. Es gibt auch den Verein „*Unsere Heimat – Unsere Zukunft e.V.*“, dessen Vorsitzender Maik Arnold den verbotenen „*Nationalen Sozialisten Chemnitz*“ angehörte und heute bei der Partei „*Der III. Weg*“ aktiv ist. Und es gibt „klassisch“ rechte Strukturen, die aus ehemaligen Kameradschaften hervorgegangen sind sowie Parteistrukturen etc. Mit unterschiedlichen Prämissen versuchen alle diese Akteur*innen auf demokratische Strukturen, das Gemeinwesen und gesellschaftliche Diskurse Einfluss zu nehmen. Anhand *Freigeist e.V.* wurden konkrete Strategien identifiziert. Wie wirken diese nun aber auf benannte demokratische Akteur*innen wie bspw. die Stadträte, aber auch auf die Zivilgesellschaft? Und ist das Wirken rechter Vereine ein Novum oder regional begrenzt? Zumindest die Strategien, derer sich diese Vereine bedienen, sind keineswegs neu. Weder Demonstrationen, „Bürgerstreifen“ und Provokationen noch die Beschreitung des Rechtsweges wurden von *Freigeist e.V.* erfunden. Auch das Zurückgreifen auf Vereine als Grundlage für wahlpolitische Ambitionen ist nicht unbedingt neu. Genauso wenig neu wie der

Versuch, seine Aktionen und Interessen als bürgerlich und gemeinwohlorientiert zu labeln. Das Gleiche gilt für die Verbreitung menschenverachtender Einstellungen in weiten Teilen der Gesellschaft. Dennoch haben sich Dinge geändert: Der anfängliche Schwenk zu „Schneeberg wehrt sich“ und der Verweis auf das betont bürgerliche Auftreten des Vereins machen deutlich, dass die Berührungsgängste zwischen vermeintlich „normalen Bürger*innen“ und rechten Interessensvertreter*innen gesunken sind, was nicht zuletzt auch bei den Demonstrationen im August 2018 in Chemnitz zu beobachten war. Man kommt in „asylkritischen“ Bündnissen und Organisationen zusammen und geht gemeinsam auf die Straße.

Weniger neu, aber dennoch nicht weniger problematisch, ist die schleichende Diskursverschiebung, die mit dem Wirken solcher Vereine einhergeht. So ist davon auszugehen, dass die permanente Anwendung von Wortergreifungsstrategien dazu beiträgt, dass sie in politischen Prozessen stellenweise bereits mitgedacht werden, bzw. „im vorausseilenden Gehorsam“ auf sie reagiert wird. Unrühmliches Beispiel war 2017 der Versuch des Vereins, die Naturbühne in Schwarzenberg für ihr Sommerfest anzumieten. Nachdem dies seitens der Stadt nicht ermöglicht wurde, klagte *Freigeist e.V.* (erfolglos) dagegen, was jedoch in der Konsequenz dazu führte, dass nunmehr keinerlei politische Veranstaltung oder Veranstaltung von Vereinen mit einer politischen Agenda die Naturbühne für Veranstaltungen nutzen dürfen.²³ Hier zeigt sich, wie tief die Vorstellung von „politischem Extremismus“ vielerorts verwurzelt ist. Eine differenzierte Betrachtung, unter Anerkennung der offensichtlichen Unterschiede zwischen Menschenrechtsorientierung und Ungleichwertigkeitsideologien, würde sicherlich eine Auseinandersetzung innerhalb des Gemeinwesens bedeuten. Diese zu umgehen, indem sich die Demokrat*innen selbst ihrer Spiel- und Freiräume berauben, erscheint nicht als

adäquate Antwort auf die Aktivitäten von *Freigeist e.V.* und vergleichbarer Antidemokrat*innen. Stattdessen braucht es Solidarität zwischen allen demokratischen Akteur*innen und inhaltlicher Auseinandersetzungen, die deutlich machen, dass uns weder die rechten Problembeschreibungen noch die angebotenen „Lösungen“ einer lebenswerten Gesellschaft näher bringen.

FAZIT

Wer am lautesten schreit, hat nicht automatisch recht oder spricht für die Mehrheit der Bevölkerung. Es lohnt sich daher für gewählte demokratische Akteur*innen immer genau hinzusehen, wer da vermeintlich für wen spricht. Die häufige Frage, ob „wir“ Neonazis und andere rechte Akteur*innen aushalten müssten, geht am Kern des Problems vorbei. Denn selbstverständlich müssen wir ihre Existenz sowie die Versuche, sich am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen, aushalten. Aber dies sollte nicht in die Schlussfolgerung münden, mit allen reden, ihnen eine Bühne bieten oder die angebotenen Realitätsbeschreibungen und „Lösungen“ unwidersprochen stehen lassen zu müssen.

Die Einschränkung demokratischer Partizipationsrechte kann nicht die Antwort sein. Gleichzeitig müssen gerade zivilgesellschaftlich Meinungsbildungs- und Austauschprozesse angestoßen werden, um Partizipation und durchaus auch Konflikt von Bürger*innen zu ermöglichen. In einem demokratischen Gemeinwesen kommen den verschiedenen Akteur*innen unterschiedliche Rollen zu. Eine Stadtverwaltung hat andere Aufgaben und Zwänge als demokratische zivilgesellschaftliche Vereine oder Initiativen. In der Auseinandersetzung mit rechten Vereinen ist es wichtig, dies anzuerkennen und die daraus erwachsenden Möglichkeiten auszuschöpfen, ohne sich gegenseitig Steine in den Weg zu legen. Denn die Demokratie wird keines-

wegs von links und rechts in die Zange genommen. Problematisch ist vielmehr die Verzahnung rechter Strategien und Akteur*innen in einem von Unsicherheit und Widerspruchslosigkeit geprägten Gemeinwesen.

- 1 | Disclaimer: Es gibt deutschlandweit und auch in Sachsen verschiedene Vereine mit dem Namen Freigeist e.V. Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem Verein Freigeist e.V. aus Schwarzenberg (Erzg.) und dessen Auswirkung auf politische Entscheidungsstrukturen und das Gemeinwesen.
- 2 | Zum 01.01.2019 erfolgte die Fusionierung von Aue und Bad Schlema, sodass letzteres nunmehr keine eigenständige Gemeinde ist.
- 3 | o.A. [2016]: 2, Online: https://www.beierfeld.de/uploads/media/Ausgabe_16.pdf, zuletzt eingesehen 07.01.2019
- 4 | Freigeist e.V. [o.J.]: o.S., Online: <https://freigeistbewegung.de/#eluid7cb9cc0d>, zuletzt eingesehen am 07.01.2019
- 5 | Ebd.
- 6 | Ebd.
- 7 | Karsten Uwe Teubner, der zwar kein AfD-Mitglied mehr ist, aber über die Liste der AfD in den Kreistag gewählt wurde, in deren Fraktion ist und weiterhin Fördermitglied der Partei, sollte ursprünglich einen Redebeitrag halten, den er eigenen Angaben zufolge dann durch Druck „von außen“ hin absagte. [o.A. 2018: o.S., Online: <https://www.freipresse.de/erzgebirge/schwarzenberg/rechtes-buendnis-trifft-sich-auf-parkplatz-artikel10248867>, zuletzt eingesehen 07.01.2019
- 8 | So berichtet der Journalist Henrik Merker, der u.a. für Zeit Online schreibt auf seinem Twitter-Account, zuletzt eingesehen 07.01.2019
- 9 | Thomas Witte, der Vorsitzende der Heimattreuen Niederdorf e.V. wird vom sächsischen Verfassungsschutz als rechts-extrem eingestuft und genau wie einzelne weitere Vereinsmitglieder von diesem beobachtet.; vgl. u.a. Neumann, Kathrin [2018: o.S.]: Verfassungsschutz beobachtet Teile von Heimattreue Niederdorf, Online: <https://www.freipresse.de/erzgebirge/stollberg/verfassungsschutz-beobachtet-teile-von-heimattreue-niederdorf-artikel10047682>, zuletzt eingesehen am 07.01.2019
- 10 | Ausschnittweise Transkription eines mitgeschnittenen Redebeitrages von Stefan Hartung bei einer „Freigeist“-Kundgebung am 10.10.2015 in Schneeberg.
- 11 | o.A. 2017: o.S., Online: <https://www.freipresse.de/erzgebirge/marienbergl/licht-aus-aktion-ob-hiemer-hat-neutralitaet-verletzt-artikel10076623>, zuletzt eingesehen am 08.01.2019
- 12 | Stefan Hartung in einem Post auf Facebook am 16.12.2017, zuletzt eingesehen am 07.01.2019

- 13 | Das sogenannte Neutralitätsgebot, das nicht nur Vertreter*innen von Freigeist e.V. immer wieder als Argument in politischen Diskussionen vorbringen und das vermeintlich die politische Neutralität von Abgeordneten, Amtsträger*innen und Verwaltungen beinhaltet, existiert juristisch in dieser Form nicht. Da weitere Ausführungen dazu den Rahmen des Artikels deutlich übersteigen würden, sei an dieser Stelle beispielsweise auf die Texte von Prof. Dr. Hufen hingewiesen.; vgl. Hufen, Friedrich [2018]: Politische Jugendbildung und Neutralitätsgebot. In: RdJB Recht der Jugend und des Bildungswesens 66:2, S. 216-221.
- 14 | Hartung 2016: o.S., Online: https://stefan-hartung.de/2016_06/dienstaufsichtsbeschwerde-gegen-luegenmeister-jens-mueller-fwe-der-seilschaftensumpfung-von-bad-schlema/, zuletzt eingesehen am 07.01.2019
- 15 | Z.B. durch das Teilen von Presseartikeln zu tatsächlichen oder vermeintlichen Straftaten geflüchteter und migrantischer Menschen.
- 16 | „People of Colour“ (POC) ist eine Bezeichnung für Menschen, die gegenüber der Mehrheitsgesellschaft als „nicht-weiß“ gelten und wegen ethnischer Zuschreibungen Rassismus ausgesetzt sind.
- 17 | Nachdem der Verein anwaltlich aufgefordert wurde, die Verbreitung des Bildes zu unterlassen, veröffentlichte er das Foto später erneut, wobei Löws Gesicht nicht länger zu erkennen war. Laut Presseberichterstattung hält der Verein den Post für Satire; vgl. Freitag, Jürgen [2018]: DFB geht gegen Freigeist-Verein vor, Online: <https://www.freipresse.de/erzgebirge/zschopau/dfb-geht-gegen-freigeist-verein-vor-artikel10252385>, zuletzt eingesehen am 07.01.2018
- 18 | Freitag, Jürgen [2018]: NPD-Politiker sieht sich als Journalist, Online: <https://www.freipresse.de/erzgebirge/annaberg/prozess-mpd-politiker-sieht-sich-als-journalist-artikel10129113>; Freitag, Jürgen [2017]: Asylhelfer und NPD-Mann streiten vor Gericht, Online: <https://www.freipresse.de/erzgebirge/aeue/asylhelfer-und-mpd-mann-streiten-vor-gericht-artikel10076683>, zuletzt eingesehen am 07.01.2019
- 19 | DS-TV 2018, Deutsche-Stimme-TV: Chemnitz muss zur Schutzzone werden!
- 20 | Matthias Quendt spricht von einem sprunghaften Anstieg der Gründungen von Bürgerwehren nach der Silvesternacht 2015/16 und den Ereignissen in Köln. [vgl. Quendt, Matthias [2016]: Bürgerwehren. Hilfsheriffs oder inszenierte Provokation?, Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/buergerwehreninternet.pdf>, S. 6ff]. Fraglich bleibt, ob dieser Anstieg sich auf ein konstant hohes Niveau eingegelte oder ob es seitdem wieder Rückgänge gab.
- 21 | Heinrich, R. [2018]: Weichenstellung auf unserer Mitgliederversammlung, Online: <https://heimattreue-niederdorf.de/2018/10/weichenstellung-auf-unserer-mitgliederversammlung/>, zuletzt eingesehen am 14.01.2019
- 22 | Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen [2018]: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017, S. 24.
- 23 | Nestler, Frank [2018]: Stadt verbannt Politik von Natur- und Waldbühne, Online: <https://www.freipresse.de/erzgebirge/marienbergl/stadt-verbannt-politik-von-natur-und-waldbuehne-artikel10120650>, zuletzt eingesehen am 07.01.2019

- 6 -

SOZIALE BEWEGUNG VON RECHTS IN SACHSEN? EINE DISKUSSION ANHAND VON NETZWERKEN, AKTIVITÄTEN UND SCHLÜSSELFIGUREN.

EINLEITUNG

Als sich Ende August/Anfang September 2018 mehrmals bis zu 5000 Menschen zu so genannten Trauermärschen zusammenfanden, machte erneut eine sächsische Großstadt weit über die Grenzen des Landes hinaus Schlagzeilen – diesmal war es Chemnitz. Was vielerorts Entsetzen auslöste war das extrem hohe Mobilisierungspotenzial neonazistischer Kreise, die gewaltverherrlichenden, rassistischen, den Rechtsstaat diffamierenden Aussagen auf den Aufmärschen und die tatsächlichen physischen Angriffe auf Menschen mit Migrationsgeschichte, Gegendemonstrant*innen und Polizeibeamt*innen. Angesichts des breiten Spektrums sowohl der Organisator*innen als auch Teilnehmenden wurden Fragen gestellt wie „Kann man neuerdings von einer rechten sozialen Bewegung in Sachsen sprechen?“ So wurde die kleinste der drei großen sächsischen Städte zum Synonym für ein neues Phänomen politischer Organisation. Der Schulterchluss von verschiedenen rechten Gruppierungen, Organisationen, Parteien und sich nicht dem Spektrum zugehörig fühlenden Chemnitzer*innen war nicht zu übersehen. Auch die AfD schloss sich an, trat sogar am 1.9.2018 als Anmelderin eines Aufzuges auf.

MOBILISIERUNGEN DER VERGANGENHEIT

Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke hatte bereits zu Beginn der 90er-Jahre die Lage im wiedervereinigten Deutschland als „sozialen Umbruch“ beschrieben, welcher vor allem durch die „Ethisierung

von Konflikten“ gekennzeichnet sei...“ und eine Reihe von Indikatoren benannt, die für die „Konstituierung einer sozialen Bewegung von rechts“ sprächen – so unter anderem „das populistische Aufgreifen von Alltagsinteressen“, „eine weithin akzeptierte Thematik (Ausländer, innere Sicherheit, nationale Identität)“ und „dezentrale Strukturen bei hohem Vernetzungsgrad“. ¹ Diese Beschreibung fand spätestens seit 2013 ihr Abbild in der sächsischen Realität. Auch langjährige Beobachter*innen betrachten die in Bezug aufs Milieu heterogene und zugleich in ihrem völkischen Ansinnen gleichförmige Zusammensetzung der Aufmärsche in Chemnitz nicht als absolutes Novum.

Tausende Menschen aus dem rechten Spektrum demonstrierten schon Mitte der 90er-Jahre gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ – auch sie entstammten sehr verschiedenen Milieus.

In den darauffolgenden Jahren trafen sich in Dresden regelmäßig mehrere tausend Neonazis jeweils im Februar. Auch bei diesen geschichtsrevisionistischen Demonstrationen liefen nicht ausschließlich organisierte Rechte mit, mal ganz abgesehen von den Zuschauer*innen, die Sympathie zeigten von Balkon oder Fenster, in Leserbriefen und anderswo.

Bei den rassistischen Mobilisierungen in Schneeberg 2013 entstand mit dem Schulterchluss zwischen sogenannten „bürgerlichen Kreisen“ und organisierten Neonazis eine neue Qualität. Und auch in den meisten der in den Folgemonaten zahlreich gegründeten „Bürgerinitiativen“, die gegen den Zuzug und die Unterbringung von Geflüchteten mobilisierten, agierten NPD-Funktionäre und andere bekannte Neonazis in trauter Gemeinsamkeit.

Sowohl in Quantität als auch Qualität steigerten sich die milieuübergreifenden Aktivitäten im Jahr 2015. 700 Aufmärsche, Belagerungen von Unterkünften für Geflüchtete und „Mahnwachen“ in circa 90 Kommunen wurden 2015 in Sachsen veranstaltet.²

Funktionär*innen und Mitglieder von Parteien wie *NPD*, *AfD*, *Die Rechte*, *Pro Chemnitz* oder *Der III. Weg*³ traten genauso als Anmelder und Teilnehmende völkischer Mobilisierungen auf wie Vertreter*innen bislang politisch inaktiver Bürger*innen, die später von Medien und Sicherheitsbehörden beschönigend als „Asylkritiker“ oder „Wutbürger“ bezeichnet wurden und angesichts ihrer Lebensstile und Eigentumsverhältnisse tatsächlich häufig zum „bürgerlichen Milieu“ zu zählen sind.

VON DER NPD ZUR BREITEN VÖLKISCHEN BEWEGUNG

Bis zum Ausscheiden der *NPD* aus dem Sächsischen Landtag 2014 waren es maßgeblich Parteisolddaten und Vorfelddorganisationen der Partei, die die Demonstrationen⁴ und Veranstaltungen organisierten und unterstützten. Besonders aus der Kameradschaftsszene stammende Funktionäre verfügten über breite Netzwerke außerhalb der Partei. Allerdings reichten diese Netzwerke damals nicht bis in „bürgerliche“ Kreise. Eher fand hier eine tiefgreifende Verzahnung der Kameradschaften, Akteur*innen rechter Erlebniswelten und diverser Neonaziorganisationen statt.

Holger Apfel schwenkte als Parteivorsitzender im Herbst 2011⁵ auf den Kurs der „seriösen Radikalität“ ein und wollte somit Türöffner sein für eine Entwicklung, die die *NPD* auch für sogenannte bürgerliche Kreise wählbar machen sollte. Bekannt ist einerseits, dass er mit dieser Strategie aus Perspektive der eigenen Partei scheiterte, andererseits einen Grundstein für weitere Entwicklungen legte. Erst kürzlich konstatierte Apfel in einem Interview: „Die *AfD* fährt zur Ernte ein, was die *NPD* gesät hat.“⁶ Der Stellenwert des Wirkens der *NPD* mag in dieser Aussage überhöht dargestellt werden, einen Anteil hatte diese Partei und

der teils laxer Umgang mit ihr in der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung allemal.

NETZWERKE UND IHRE SCHLÜSSELFIGUREN

In den letzten Jahren entstand eine Vielzahl von eigens für den Protest gegen die Asylgesetzgebung gegründeten Initiativen und Vereinen. Die Namen der Initiativen waren programmatisch eng an die Asylunterbringung geknüpft, etwa: „Flöha sagt Nein zum Heim“. Einige Initiativen fassen ihre Namen programmatisch weiter, etwa:



Altstadtbrücke in Meißen

„Dresden Strehlen wehrt sich gegen Politikversagen“, oder in Plauen: „Du bist Deutschland - Nur gemeinsam sind wir stark.“

In den zahllosen Initiativen, Vereinen und XXX-gida-Gruppen finden sich kaum Karteileichen. Meist handelt es sich um Aktivist*innen, die sich auf der Straße und in den sozialen Medien exponieren.

Die unverbindlichen, oft kurzfristigen Mitgliedschaften in diesen Netzwerken mäandern, es ist schwer den Überblick über die personelle Besetzung und damit organisatorische Anbindung einzelner Initiativen zu behalten.

Verantwortlich für die Aufrufe zu Demonstrationen und Kundgebungen mit dem immer gleichen empörten Ton waren Akteur*innen der Hotspots rechter Meinungs-mache. Einige der Protagonist*innen sind seit Jahren in den sozialen Medien aktiv und Teilnehmer*innen verschiedener Veranstaltungsformate, die von Stamm-tischen bis hin zu den regelmäßig getakteten Aufzügen von *Pegida* reichen.

Einzelne umtriebige Personen sind für die Netzwerke von enormer Bedeutung. Die Gleichzeitigkeit von intensiver personeller Vernetzung, Dynamik und Unübersichtlichkeit der neuen rechten Netzwerke kann mit einem Blick auf Einzelpersonen nachvollzogen werden. Zum Beispiel Madeleine F.: Sie war seit 2015 in vielen Kommunen Sachsens unterwegs und aktiv bei allerlei Aktionen. F. war und ist aktiv im Umfeld der

Dresdner *Pegida*-Demonstrationen, ist Mitbegründerin des Vereins „Zukunft braucht Bildung“ im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge. Sie fungierte als Aktivistin der Bürgerinitiative „Heidenauer Wellenlänge“, besuchte „Merkel-muss-weg“ Demonstrationen in Berlin, agierte zwischenzeitlich als „Bürgerbewegung Leipzig“ und war mit der Partei *Deutsche Mitte* im sächsischen Land unterwegs.

Als sich 2018 in Chemnitz ein Personenkreis vorstellt, der sich im Sinne der völkischen Mobilisierungen in den sozialen Netzwerken und sichtbar vor Ort engagiert, ist Madeleine F. wieder dabei. Sie und ihre Mitstreiter*innen blieben bis 2015 völlig unsichtbar. Und auch heute werden diese Protagonist*innen gerne als enttäuschte Ostdeutsche oder asylkritische Bürger*innen verharmlost. Ungeachtet des Faktes, dass auch sie eine politische Agenda verfolgen. Sie eint die Überzeugung, dass Liberalisierung und Bürgerrechte ihre ganz eigenen nationalen Privilegien sind, die sie sich in der Zeit der Transformation der 90er-Jahre hart erkämpft hätten. Sie eint zudem die Überzeugung, einer privilegierten Gruppe anzugehören und ihr hoher Grad an Aktionismus. Ihr politischer Kampf richtet sich einerseits gegen Migrant*innen und Asylsuchende, aber auch immer schon gegen die Verfasstheit der Bundesrepublik.

NEUE RECHTE IN DER BEWEGUNG

Viele der 2015 lose agierend erscheinenden Initiativen der Anti-Asyl-Proteste sind inzwischen als Initiativen durch den Verein *Ein Prozent für unser Land* vernetzt. Die Initiatoren beschreiben ihre Plattform selbst gerne als „Greenpeace der patriotischen Bürgerbewegungen“.

Der Antaios-Verleger und Herausgeber der rechten Propagandaschrift „Sezession“ Götz Kubitschek, der Journalist Jürgen Elsässer und *AfD* Mandatsträger wie Hans Thomas Tillschneider treten als Gründer der Plattform „einprozent“ auf. Mit ihnen verbunden ist die in Österreich wegen faschistischer Wiederbetätigung verdächtige *Identitäre Bewegung* um den Studenten Martin Sellner. Der Verein hat seinen Sitz im sächsischen Dreiländereck in Oybin. In Dresden haben auch

bekannte Neonazis bei einzelnen Aktionen von *Ein Prozent* teilgenommen.

Sehr eng verbunden mit dem Antaios Verlag ist der Chemnitzer Herausgeber der „Blauen Narzisse“ Felix Menzel. Menzel zählt laut Hentges et. al. zur >Bewegungselite< im Umfeld der *Identitären*⁷ und ist gut vernetzt. Seine bisherige politische Agenda ist eng an die Herausgabe und Redaktion der 2004 als Schülerzeitung gegründeten neurechten Zeitschrift „Blaue Narzisse“ gebunden. Er war 2002 Sprecher der Schülerverbindung *Pennale Burschenschaft Theodor Körner* am Humboldt-Gymnasium Chemnitz. Wegen der Unterstützung dieser Burschenschaft durch den damals für die Republikaner im Chemnitzer Stadtrat sitzenden Martin Kohlmann hatte sich die Vereinigung Alter Burschenschafter distanziert.⁸ Der als Rechtsanwältin tätige Kohlmann ist inzwischen das Gesicht von *Pro Chemnitz*, eben jener Partei, die am 27.08.2018 den Aufmarsch in Chemnitz anmeldete. Menzel schrieb später auch für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und war als Organisator von Messen rechter Verlage, den sogenannten „Zwischentagen“ beschäftigt. Der 2009 von ihm mitgegründete Verein *Journalismus und Jugendkultur e.V.* wird 2018 mit Änderung des Namens, Zweck und Aufgaben zum Verein *Journalismus und Wissenschaft e.V.* Dieser ist Träger des Projektes „Recherche Dresden“⁹. Menzel verfolgt in diesem Projekt das Konzept eines außeruniversitären Institutes. Eine alternative Denkfabrik also, die ökonomische Kompetenz entwickeln will. Sein Hauptaugenmerk liegt laut seiner Webseite *recherche-dresden.de* auf der Recherche für Parteien, Verbände und Unternehmen.

Neben *Ein Prozent* hat sich ein weiterer bundesweit agierender Verein Sachsen als Niederlassung ausgesucht. Der *Verein für Medienkritik und Gegenöffentlichkeit* ist eher thematisch als organisatorisch zur Neuen Rechten zu zählen. Der Inhaber des Internetportals *JouWatch* hat 2018 mit neuer Satzung den Umzug von Jena nach Meißen¹⁰ angezeigt. Die *JouWatch*-Autorin und *Pegida*-Rednerin Renate Sandvoß (bis 2002 ZDF-Kaffeeklatsch mit Ralf Morgenstern)¹¹ trifft in ihren Reden auf gleichgesinnte und gutwillige Zuhörer*innen.

FAZIT

Wissenschaftler*innen haben in den letzten Jahren unterschiedliche Definitionen für das Phänomen „Soziale Bewegung“ geschaffen, die sich in der Regel bei der Grundannahme treffen, dass es sich um einen kollektiven Akteur handelt, der sehr unterschiedliche Organisationsformen umfasst und mit diversen Mobilisierungs- und Handlungsstrategien versucht, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Gemessen an diesen rudimentären Indikatoren lässt sich konstatieren: in Sachsen wurde eine rechte Bewegung geschaffen. Getragen wird diese Bewegung von ihren Akteur*innen und deren polyzentrischen Netzwerken. Die Akteur*innen und ihre Beziehungsgeflechte griffen dazu kontinuierlich und lernend die populistischen Alltagsinteressen auf und radikalisierten diese mithilfe eines stets interaktiven Kommunikationsgeflechts der „groupuscule right“ (dezentrale und polythematische Gruppen) untereinander. Ihre Organisationen gleichen eher einem organischen Myzel, als einer strukturellen und starren Formation.

Verstärkt durch jede noch so kleine, in Echtzeit über soziale Medien ausgetauschte Begebenheit, waren die polyzentrischen Akteur*innen in der Lage, den aktuellen Stand der politischen Aktion ihrer Bewegung sowie deren mediale Wahrnehmung in die Echokammern einzuspeisen und weit über ihre lokalen und persönlichen Netzwerke hinaus teils virale Verbreitung zu erfahren.

In den Änderungen bzw. Verschärfungen des Asylrechts der letzten Jahre durch die Bundesregierung konnten Anhänger*innen der Bewegung von *Pegida* und Co. ihre Forderungen wenigstens teilweise wiederfinden.

Zu weiterreichenden Forderungen der rechten Gruppierungen, Kleinparteien und Organisationen, Vereine, Initiativen usw. nach Rücknahmen von Liberalisierungen in Fragen der Emanzipation, Bildung, Europäisierung oder auch im Strafrecht, kann die rechte Bewegung auf Wahlerfolge der *AfD* setzen. Die Nähe

der Akteur*innen der rechten Bewegung zur *AfD* reicht von stiller bis offener Mitgliedschaft bei der Partei, schließt aber auch kritisch zur *AfD* Stehende ein. Für die völkischen und radikaleren Strömungen der sächsischen Bewegung ist die *AfD* ein notwendiges Übel.

Die medialen Netzwerke der Akteur*innen geben seit 2015 den Takt für die Empörungswellen vor. Verbunden mit einer thematischen und sprachlichen Radikalisierung, entwickeln sich die stetig wiederkehrenden Empörungswellen hin zu einer gesellschaftlichen „Normalität“. Bis 2018 hat sich die Bandbreite der Themen weiter differenziert und die Mobilisierungen wurden professioneller.

Das nächste Ziel ist der Versuch, im Wahljahr 2019 in Sachsen die politische Stimmung in Wahlergebnisse bei den Europa-, Kommunal-, und Landtagswahlen umzusetzen.

Eine neue Qualität der Breite und Schnelligkeit der Mobilisierung mag 2018 in Chemnitz zu beobachten gewesen sein. Der Bewegungskarakter kann dem Netzwerk der zahlreichen (neu)rechten, völkischen, rassistischen Initiativen, Vereine, Parteien und Organisationen jedoch schon länger attestiert werden. Man kann von einem kollektiven Akteur sprechen, der mittels unterschiedlicher Formate an einem gesellschaftlichen Wandel arbeitet.

Vor dem Hintergrund, dass der Begriff der „Sozialen Bewegung“ bislang für progressive Anliegen – etwa die Frauenrechtsbewegung, diverse Bürgerbewegungen, Umweltbewegungen u. ä. – benutzt wurde, sollte man in Anbetracht der gesellschaftlich spaltenden, Hass und Gewalt schürenden Themen und Ziele, die die hier beschriebenen Akteur*innen verfolgen, eher von der asozialen Bewegung sprechen.

- 1 | Zitiert nach: Grumke, Thomas (2008): *Die rechtsextremistische Bewegung*. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/M. Campus Verlag. S. 475-491. Hier: S. 476.
- 2 | Online: <http://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Koeditz-Extreme-Rechte-dominieren-Protessen-gegen-Asylpolitik>, gefunden am 18.02.2019.
- 3 | *Die Partei hatte explizit eine Handlungsanleitung herausgegeben, wie es gelingen kann, sich mit einem bürgerlichen Antlitz zu versehen.*; vgl. Online: <https://www.belltower.news/broschuere-gegen-fluechtlingsheime-rassistische-pr-tipps-von-der-iii-weg-39696/>, gefunden am 18.02.2019.
- 4 | Online: <https://www.chronikle.org/ereignis/freies-netz-initiator-landtagskandidat-mpd-organisationsleiter-regierungsbezirk-leipzig>, gefunden am 18.02.2019.
- 5 | Online: <https://npd-sachsen.de/serioese-radikalaet-fuer-einen-volksnahen-und-zukunftsgewandten-nationalismus-ohne-anpasserei/>, gefunden am 18.02.2019.
- 6 | Online: https://rp-online.de/politik/deutschland/holger-apfel-interview-mit-frueherem-mpd-chef_aid-19018665, gefunden am 18.02.2019.
- 7 | Hentges, Gudrun/Kökgiran, Gürcan/Nottbohm, Kristina (2014): *Die Identitäre Bewegung Deutschland – Bewegung oder virtuelles Phänomen*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. Supplement zu Heft 3/2014.: S. 13.
- 8 | Roth, Christian (2003), in: *Junge Freiheit* 12/03, 14. März 2003, In *Gemeinschaftskunde zu einer Meinung gefunden, Verbindungen: Eine Chemnitzer Schülerverbindung wurde Opfer einer Hetz- und Denunziationskampagne selbst-ernannter Toleranzwächter*.
- 9 | Online: <https://recherche-dresden.de>, gefunden am 18.02.2019.
- 10 | Meisner, Matthias: *Rechte Propaganda-Plattform sucht Asyl in Sachsen*, In: *Tagesspiegel* vom 21.08.2018, Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/portal-jouwatch-rechte-propaganda-plattform-sucht-asyl-in-sachsen/22934370.html>, gefunden am 18.02.2019.
- 11 | Online: <https://www.lippe-aktuell.de/content/artikel.php?a=125838>, gefunden am 18.02.2019.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Kulturbüro Sachsen e.V.
Grit Hanneforth, Geschäftsführerin
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
www.kulturbuero-sachsen.de



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer
Spende!
IBAN: DE 288 5020 5000 0035 87301
BIC: BFSWDE33DRE

TEXT UND RECHERCHE

Kulturbüro Sachsen e.V.
Lektorat: Laura Dittmann
Redaktionsschluss: 18.02.2019

FOTOS

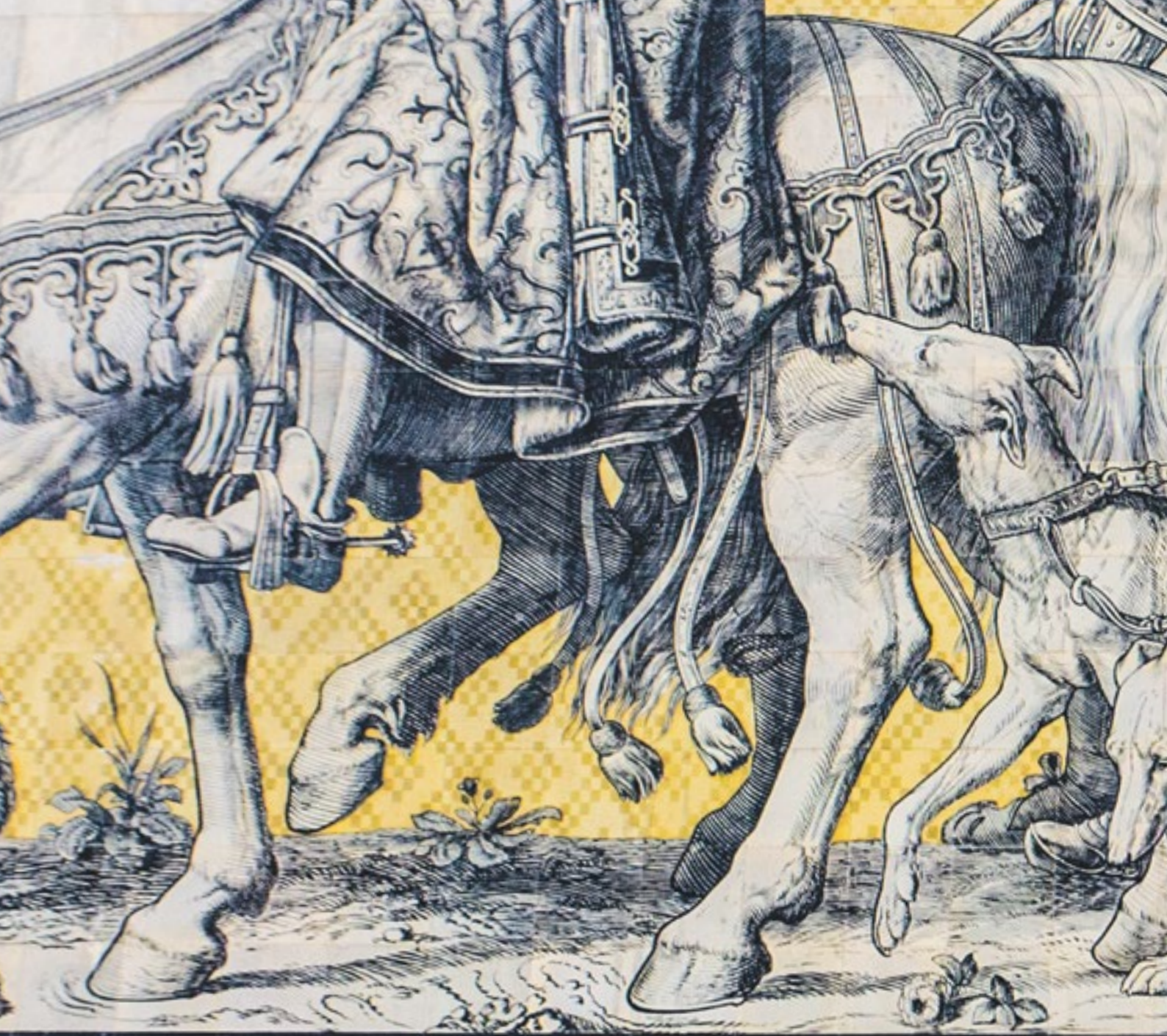
Neja Hrovat, Kulturbüro Sachsen e.V.
Nadine Rothe, S. 32/33

LAYOUT UND SATZ

Nadine Rothe
mail[ät]nadine-rothe.de

Diese Publikation wurde gefördert durch die
Amadeu-Antonio-Stiftung.





ERG D. BAERTIGE. HEINRICH D. F.

◇ 1500-1539. ◇ 1539 - 154

